



Soziale Arbeit **Forschung und Entwicklung**

**Schlussbericht zu Handen der Koordinationsgruppe
Jugendgewalt des Kantons Zürich**

Bedarfsabklärung zur Prävention von Gewalt und Problemverhalten bei jungen Menschen in Zür- cher Gemeinden

Patrik Manzoni, Samuel Keller und Thomas Gabriel

Dübendorf, 28.9 2011

Bedarfsabklärung zur Prävention von Gewalt und Problemverhalten bei jungen Menschen in Zürcher Gemeinden

Patrik Manzoni, Samuel Keller und Thomas Gabriel

Inhalt

Zusammenfassung	3
1 Einleitung und Ziele der Studie	5
2 Methodisches Vorgehen	6
2.1 Schriftliche Befragung von Gemeindepräsidien	6
2.1.1 Stichprobe nach Gemeindetypen	6
2.1.2 Auswahl nach kombiniertem Belastungsindex	8
2.1.3 Rücklauf.....	10
2.2 Telefonische Interviews	11
2.3 Erhebungsinstrumente	13
2.4 Auswertung.....	14
3 Resultate.....	15
3.1 Zentren.....	15
3.2 Arbeitsplatzgemeinden.....	18
3.3 Suburbane Gemeinden.....	24
3.4 Periurbane Gemeinden	27
3.5 Einkommensstarke Gemeinden	31
3.6 Gemischte Gemeinden.....	33
3.7 Ländliche Gemeinden.....	36
4 Diskussion.....	39
4.1 Ausmass und Formen von Jugendgewalt und Problemverhalten.....	39
4.2 Massnahmen und Angebote an Gewaltprävention	40
4.3 Vorhandene Strukturen zur Umsetzung von Gewaltprävention.....	41
4.4 Bedarf an (zusätzlichen) Massnahmen	42
4.5 Ausblick.....	47

Zusammenfassung

Im Auftrag der Koordinationsgruppe Jugendgewalt des Kantons Zürich untersuchte diese Studie des Departements Soziale Arbeit der ZHAW den Bedarf an Massnahmen zur Prävention von Jugendgewalt und jugendlichem Problemverhalten in den Gemeinden des Kantons Zürich. Dazu wurde eine schriftliche Umfrage in repräsentativ ausgewählten Gemeinden durchgeführt. Die Zufallsauswahl erfolgte unter Berücksichtigung der Zürcher Gemeindetypologie, die im Wesentlichen auf einem Zentrum-Peripherie-Modell beruht, sowie auf der Grundlage eines «Belastungsindex», der aus dem Sozialindex und einem Kriminalitätsindex berechnet wurde. Insgesamt wurden 64 Gemeindepräsidien angeschrieben, wovon 27 den Fragebogen beantwortet haben (Rücklauf 42%). Zur Vertiefung der Problematik wurden in den befragten Gemeinden 18 Fachpersonen aus Bereichen wie Jugendarbeit, Schulsozialarbeit, Polizei oder Jugendfachstellen telefonisch befragt. Die Befragung erhob Einschätzungen zum Problemausmass von Gewalt und sonstigem Problemverhalten (z.B. Abfall, Vandalismus, Alkohol- und Drogenkonsum) junger Menschen, zu den ergriffenen Massnahmen, zum bestehenden Angebot im Bereich der Gewaltprävention, zu vorhandenen Strukturen für die langfristige Umsetzung der Gewaltprävention sowie zum Bedarf an (zusätzlichen) Massnahmen im Bereich Jugendgewalt und sonstigem Problemverhalten in den Gemeinden.

Als häufigstes Problemverhalten Jugendlicher und junger Erwachsenen im öffentlichen Raum von Zürcher Gemeinden erscheinen *Littering* und *Vandalismus* sowie *Alkohol- und Drogenkonsum*. Die mit Jugendgewalt primär assoziierten *physischen Gewaltformen* kommen (abgesehen von der befragten Zentrumsgemeinde) in der Wahrnehmung von Gemeindepräsidien und Fachpersonen selten vor. Hingegen wurden Mobbing bzw. Cyber-Mobbing, also *psychische Gewaltformen*, von vielen Gemeinden als Probleme genannt, meist im schulischen Kontext.

Insgesamt gesehen besteht ein nur geringer Bedarf an (zusätzlichen) Massnahmen im Bereich Prävention, Intervention oder Repression in den befragten Zürcher Gemeinden. Der Bedarf bezüglich Gewalt betrifft Präventionsprogramme von Gewalt und (Cyber-)Mobbing sowie die Förderung einer Haltung des respektvollen Umgangs. Der geäusserte Bedarf im Bereich sonstiges Problemverhalten bezieht sich auf Prävention im Bereich Vandalismus und Littering sowie Drogen- und Alkoholkonsum. Letzteres wird auch oft in Zusammenhang gebracht mit Littering und Gewalt.

Bezüglich der Bedarfslage waren grosse Unterschiede nach Gemeindetypen festzustellen, wobei der Bedarf mit zunehmendem Zentralitätsgrad differenzierter definiert wurde.

Das befragte Zentrum berichtete sowohl über ein hohes Problemausmass, als auch über viele vorhandene Angebote und Strukturen der Prävention und Intervention. Entsprechend meldete die Zentrumsgemeinde einen sehr spezialisierten Bedarf in Bezug auf Informationsverbreitung und Konzepte bewährter

(Gewalt-)Präventionsmodelle an, wie auch einen Auf- und Ausbau von Institutionen (Klinik, Time-Out-Platzierungen).

Die Arbeitsplatzgemeinden äusserten bei einem mittleren Problemausmass einen nur geringen Bedarf aufgrund des meist bereits gut ausgestatteten Angebots an Prävention und Intervention in diesen Gemeinden.

Die suburbanen Gemeinden fielen durch ein hohes Problemausmass insbesondere im Bereich sonstiges Problemverhalten und einem geringem Angebot an Prävention und Intervention auf. Hier wurde ein Bedarf an Präventionsprogrammen im Bereich Gewalt und sonstiges Problemverhalten genannt.

Die periurbanen Gemeinden sind hinsichtlich Problemausmass und bestehendem Präventionsangebot sehr ähnlich gelagert wie die suburbanen Gemeinden und vermerkten einen Bedarf an verstärktem fachlichem Austausch und Unterstützung bei der Vernetzung von bestehenden Stellen.

Bei den einkommensstarken Gemeinden stand der Ausbau von bestehenden Stellen, wie Schulsozialarbeit, im Vordergrund. Sie berichteten über ein mittleres Problemausmass sonstigen Problemverhaltens wie auch über ein eher geringes Angebot an Prävention und Intervention.

Schliesslich wiesen die ländlichen und gemischten Gemeinden ein tiefes Problemausmass und wenig Massnahmen auf, so dass sie keinen Bedarf anmeldeten.

Wenn auch der Bedarf insgesamt eher gering ausfiel, bestehen aus unserer Sicht vor allem bei suburbanen und periurbanen Gemeinden Möglichkeiten zur Unterstützung durch kantonale Stellen wie die Koordinationsgruppe Jugendgewalt des Kantons Zürich: Einerseits für den Zugang zu Modellen bewährter (d.h. auch mit hinreichender Qualität evaluierter) Gewaltprävention und andererseits für die Unterstützung bei der Vernetzung durch den fachlichen Austausch. Bei Letzterem stellt sich die Frage nach dem geeigneten Aufbau und der Praxis des gemeinde-internen und -übergreifenden Informationsaustauschs sowie nach der Legalität des Informationsaustauschs von personenbezogenen Daten.

1 Einleitung und Ziele der Studie

Die Koordinationsgruppe Jugendgewalt des Kantons Zürich (KGJ) hat das Departement Soziale Arbeit der ZHAW beauftragt, eine Bedarfsabklärung zur Prävention von Jugendgewalt und jugendlichem Problemverhalten in den Gemeinden des Kantons Zürich durchzuführen.

Die Bedarfsabklärung soll Aufschluss darüber geben, ob ein Bedarf an (zusätzlichen) Massnahmen zur Prävention von Jugendgewalt in den Gemeinden besteht. Insbesondere sollte ein Bild über die folgenden Punkte gewonnen werden:

- Das Ausmass und Formen von Jugendgewalt bzw. jugendlichen Problemverhaltens in den Gemeinden
- Massnahmen, die von den Gemeinden diesbezüglich getroffen worden sind
- Das bestehende Angebot an Gewaltprävention in den Gemeinden
- Vorhandene Strukturen zur Koordination und Umsetzung von Gewaltprävention
- Den Bedarf an (zusätzlichen) Massnahmen im Bereich Gewalt und sonstigem Problemverhalten, wie etwa Littering, Vandalismus, problematischer Alkohol- und Drogenkonsum

Auf der Grundlage dieser Bedarfsabklärung kann die KGJ prüfen, mit welchen Massnahmen die Gemeinden bei der Prävention und Intervention von Jugendgewalt bzw. jugendlichem Problemverhalten im öffentlichen Raum unterstützt werden können.

Die vorliegende Studie umfasst zwei einander ergänzende Module, um Wahrnehmungen zur Bedarfslage auf unterschiedlichen Niveaus zu erfassen:

In Modul 1 wurde mittels einer schriftlichen Befragung von zufällig ausgewählten *Gemeindepräsidenten* die Wahrnehmung aus Sicht der politischen Behörde erhoben.

In Modul 2 wurde zur Vertiefung der Problematik mittels telefonischer Befragung die Wahrnehmung aus Sicht von weiteren *Schlüsselpersonen* in ausgewählten Gemeinden erfasst. Dabei wurden die Einschätzungen von Fachpersonen aus Bereichen wie z.B. Jugendarbeit, Integration, Schulsozialarbeit, lokale Polizei etc. eingeholt. Die vertiefende Befragung zur Problematik bei Fachpersonen in Gemeinden ermöglichte einerseits eine genauere Qualifizierung der Bedarfslage und vorhandener Präventionskonzepte und andererseits die Erhebung von Erfahrungen in ausgewählten Gemeinden.

2 Methodisches Vorgehen

In diesem Kapitel erfolgt eine Beschreibung des methodischen Vorgehens bei der Auswahl der Gemeinden für die schriftliche Befragung sowie der Fachpersonen für die Telefoninterviews, der verwendeten Fragebogen und des Rücklaufs der Befragung.

2.1 Schriftliche Befragung von Gemeindepräsidenten

Von der KGJ wurde als Zielgrösse eine Befragung von 45 Gemeindepräsidenten festgesetzt. Somit sollte ein realitätsnahes Abbild aller Gemeinden des Kantons gewährleistet werden. Unter Berücksichtigung von Ausfällen wurden für die vorliegende Bedarfsanalyse insgesamt *64 Gemeinden* kontaktiert.

Für die Auswahl dieser Gemeinden wurde eine zweifache Schichtung vorgenommen:

- Die Gemeindestichprobe war proportional zur Gemeindetypologie des Kantons Zürich
- Die Auswahl von Gemeinden innerhalb eines Gemeindetyps erfolgte anhand eines kombinierten Indexes der Belastung gemäss Sozialindex der Bildungsdirektion des Kantons Zürich und Kriminalitätsdaten aus der polizeilichen Kriminalstatistik

Die Gemeinden wurden anschliessend anhand des Belastungsindex in drei gleich grosse Gruppen eingeteilt. Innerhalb eines Gemeindetyps soll – sofern möglich – eine gleiche Anzahl tief, mittel und hoch belasteter Gemeinden ausgewählt werden. Wenn z.B. innerhalb eines bestimmten Gemeindetyps sechs Gemeinden befragt werden sollen, wurden je zwei mit tiefer, mit mittlerer und mit hoher Belastung für die Befragung berücksichtigt.

2.1.1 Stichprobe nach Gemeindetypen

In einem ersten Schritt wurde die Anzahl benötigter Gemeinden pro Gemeindetypus bestimmt. Die Gemeindetypologie des Kantons Zürich basiert auf der vom Bundesamt für Statistik entwickelten Gemeindetypologie, die 22 Typen umfasst, die zu 9 Haupttypen gefasst werden können (Schuler und Joye, o.J.).¹ Die Typologie basiert im Wesentlichen auf einem geografischen Zentrum-Peripherie-Modell, das auch weitere Merkmale wie etwa Pendlerbewegungen, Arbeitsplätze, Baudichte, Steuerertrag (direkte Bundessteuer) und Logiernächte von Gemeinden berücksichtigt. Der Kanton Zürich hat diese Typologie modifiziert, so dass hier noch sieben relevante Typen unterschieden werden.

¹ Weitere Informationen abrufbar unter:
http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/regionen/11/geo/raeumliche_typologien/01.html

Tabelle 1: Gemeindetypen des Kantons Zürich

1	<i>Zentren:</i> Städte, die in ökonomischer und kultureller Hinsicht zentrale Funktionen für eine Region übernehmen (Zürich, Winterthur, Wetzikon)
2	<i>Arbeitsplatzgemeinden:</i> Gemeinden mit einer grossen Zahl von Arbeitsplätzen, die zu einem beträchtlichen Teil von auswärts wohnenden Erwerbstätigen besetzt sind. Bsp.: Affoltern a.A., Bülach, Dietikon, Wädenswil, Pfäffikon, Uster, Stäfa, Bubikon
3	<i>Suburbane Gemeinden:</i> Dicht besiedelte Wohnorte Bsp.: Embrach, Niederhasli, Birmensdorf, Thalwil, Hombrechtikon, Greifensee
4	<i>Periurbane Gemeinden:</i> Locker überbaute Wohngemeinden (primär Einfamilienhäuser) Bsp.: Obfelden, Glattfelden, Niederwenigen, Grüningen, Hittnau, Neftenbach
5	<i>Einkommensstarke Gemeinden:</i> Gemeinden mit vielen wohlhabenden Steuerpflichtigen Bsp.: Stallikon, Unterengstringen, Kilchberg, Zollikon, Küsnacht, Meilen, Maur
6	<i>Gemischte Gemeinden:</i> ausserhalb der Agglomerationen, bei denen die Landwirtschaft nur noch geringe Bedeutung hat Bsp.: Maschwanden, Andelfingen, Wald, Hirzel, Bauma, Elgg,
7	<i>Ländliche Gemeinden:</i> mit überdurchschnittlichem Anteil von Beschäftigten in der Landwirtschaft Bsp.: Ossingen, Truttikon, Bachs, Sternenberg, Schlatt

Die nachstehende Tabelle zeigt die Anzahl Gemeinden pro Gemeindetypus für die Stichprobe bei einer Gesamtstichprobe von $N = 64$. Diese wurde 30 % höher als die Zielgrösse von $N = 45$ festgelegt, um immer anzutreffende Ausfälle aufgrund von Nicht-Teilnahme zu berücksichtigen. Darin ist z.B. ersichtlich, dass am meisten periurbane Gemeinden benötigt werden, nämlich deren 20. Ferner ist ein Zentrum für die Befragung auszuwählen, wobei Winterthur oder Wetzikon in Frage kommen, da Zürich explizit nicht zur Stichprobe zählte.

Tabelle 2: Gemeindetypen des Kantons Zürich, Verteilung und Stichprobe

Gemeindetyp	Kt. Zürich ohne Stadt Zürich	Verteilung	Stichprobe
	Anzahl	%	Anzahl
1: Zentren	2	1%	1
2: Arbeitsplatzgemeinden	29	17%	11
3: Suburbane	25	15%	9
4: Periurbane	54	32%	20
5: Einkommensstarke	16	9%	6
6: Gemischte	32	19%	12
7: Ländliche	12	7%	5
Total	170	100%	64

2.1.2 Auswahl nach kombiniertem Belastungsindex

In einem zweiten Schritt werden die Gemeinden hinsichtlich ihrer Belastung gemäss Sozialindex und einem zusammengesetzten Kriminalitätsindex eingeteilt.

Sozialindex

Der Sozialindex misst die soziale Belastung von Schulgemeinden und dient der Zuweisung von Lehrerstellen an die Schulgemeinden.² Dabei erhalten Gemeinden mit einer höheren Belastung gemäss Sozialindex etwas mehr Lehrerstellen als Gemeinden mit einer tieferen Belastung. Der Sozialindex liegt immer innerhalb eines Wertebereichs von 100 bis 120 Punkten, wobei Gemeinden mit einem Index von 100 die geringste und solche mit einem Index von 120 die stärkste Belastung aufweisen. Der Sozialindex wird aus den folgenden vier soziodemografischen Merkmalen berechnet:³

- *Arbeitslosenquote*: Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen gemessen an der Gesamtheit der erwerbsfähigen Bevölkerung
- *Ausländerquote*: Die Ausländerquote ist der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer gemessen am Total der Bevölkerung (zivilrechtlicher Wohnsitz)

² Quelle zu diesem Abschnitt:

<http://www.bista.zh.ch/usi/downloads/Kurzbeschreibung%20Sozialindex.pdf>

³ Die Angaben zur erwerbsfähigen Bevölkerung, der Einfamilienhausquote und der Sesshaftigkeitsquote stammen aus der Volkszählung 2000 und sind somit veraltet. Ab 2012 wird voraussichtlich ein Sozialindex auf Basis von neuen und jährlich aktualisierten Daten berechnet (persönliche Mitteilung von Peter Nussbaum, Bildungsstatistik, E-Mail 29.3.11).

- *Einfamilienhausquote*: Die Einfamilienhausquote ist der Anteil Wohnungen in Einfamilienhäusern gemessen am Total aller Wohnungen
- *Sesshaftigkeitsquote*: Die Sesshaftigkeitsquote ist der Anteil der Personen, die seit 5 Jahren denselben Wohnort haben, gemessen am Total der mehr als 5 Jahre alten Bevölkerung

Diese vier Merkmale werden statistisch (Faktoranalyse) zu einem einzigen Index zusammengefasst, wobei die einzelnen Merkmale unterschiedlich gewichtet werden. Für die vorliegende Indexbildung wurden der Sozialindex 2010 herangezogen (der mit demjenigen von 2011 fast absolut identisch ist, Korrelation von $r = 0,992$).

Kriminalitätsindex

Zur Bildung des Kriminalitätsindex wurden verschiedene Kennzahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) herangezogen. Um Indexe auf Ebene von Gemeinden zu erhalten, mussten wir eine Spezialauswertung bei der Kantonspolizei Zürich anfordern. Diese wurde uns freundlicherweise vom Verantwortlichen für die PKS bei der Kantonspolizei Zürich, Herrn Peder Sonder, nach Wunsch zur Verfügung gestellt.

In der vorliegenden Studie wurden *fünf verschiedene Kriminalitätsraten* für jede Gemeinde berechnet, die sowohl eine Gesamtkriminalitätsrate für die gesamte Gemeinde, als auch Gesamt- und Gewaltkriminalitätsraten von Jugendliche und jungen Erwachsenen umfassen. Hierdurch sollte ein abgerundetes Bild der Belastung durch Kriminalität erhalten werden.

Ein solches Bild kann angesichts der Dunkelfeldproblematik freilich nur eine grobe Annäherung an das reale Kriminalitätsgeschehen in einer Gemeinde darstellen. Die Kriminalstatistik des Kantons Zürich ist primär eine Anzeigenstatistik und erfasst nur die Fälle von Kriminalität, die von den Opfern bzw. Geschädigten bei der Polizei angezeigt wurden oder die die Polizei im Laufe ihrer Ermittlungen selber entdeckt hat. Die KRISTA ist ferner auch eine Tatverdächtigenstatistik, d.h. sie enthält auch Informationen über die Taten, für die die Polizei einen Tatverdächtigen identifizieren konnte. Diese Fälle sind also nur eine Teilmenge aller polizeilich bekannten bzw. erfassten Taten. Insofern liegt den altersspezifischen Kriminalitätsraten ein weiterer polizeilicher Filterungsprozess zugrunde.

Folgende fünf Kriminalitätsraten wurden für die Indexberechnung ermittelt:

- Gesamtkriminalitätsrate für die gesamte Gemeinde: Anzahl aller Delikte nach Strafgesetzbuch (StGB) pro 1000 Einwohner einer Gemeinde
- Gesamtdelinquenzrate für Jugendliche (10- bis unter-18-Jährige): Anzahl von polizeilich bekannten jugendlichen Tatverdächtigen verübte Delikte nach StGB pro 1000 der entsprechenden Altersgruppe in der Gemeinde
- Gewaltdelinquenzrate für Jugendliche: Anzahl von polizeilich bekannten Jugendlichen verübte Gewaltdelikte (gegen „Leib & Leben“) pro 1000 Personen der entsprechenden Altersgruppe in der Gemeinde



- Gesamtdelinquenzrate für junge Erwachsene (18-25 Jahre): Anzahl von polizeilich bekannten jungen Erwachsenen verübte Delikte nach StGB pro 1000 Personen der entsprechenden Altersgruppe in der Gemeinde
- Gewaltdelinquenzrate für junge Erwachsene: Anzahl von polizeilich bekannten jungen Erwachsenen (18-25 Jahre) verübte Gewaltdelikte („Leib & Leben“) pro 1000 Personen der entsprechenden Altersgruppe in der Gemeinde

Wir haben uns bei der Berechnung der altersspezifischen Raten für die Zählung der Tatverdächtigen nach *Tatort*, nicht nach Wohnort, entschieden, weil die Wahrnehmung in der betroffenen Gemeinde als ausschlaggebend erachtet wurde. Hierbei ist zu bedenken, dass es bei einer solchen Berechnung eine stärkere Belastung (höhere Rate) von regionalen Zentren resultiert, da die der Polizei berichteten Taten einer bestimmten Gemeinde auch solche von auswärtigen Jugendlichen enthalten, diese aber nur auf die Anzahl in der Gemeinde wohnender Jugendlicher bezogen wird. Insofern liegt bei den Kriminalitätsraten Jugendlicher und junger Erwachsener eine gewisse Verzerrung vor.

Die Kriminalitätsindizes beruhen auf dem Durchschnitt der Jahre 2009 und 2010, den beiden verfügbaren Jahreszahlen der neuen, schweizweit vereinheitlichten Polizeilichen Kriminalstatistik.

Zur *Gesamtindexbildung* wurde den Gemeinden die Rangwerte gemäss dem Sozialindex und den fünf Kriminalitätsindizes zugewiesen (von 1 bis 170), um dann den mittleren Rangwert aus diesen sechs Rangindices zu berechnen. Anhand von diesem Gesamtindex wurden die Gemeinden in die drei Kategorien „hoch“, „mittel“ und „tief“ belastet eingeteilt.

2.1.3 Rücklauf

Insgesamt antworteten 27 von 64 angeschriebenen Gemeinden, was einer Rücklaufquote von 42 % entspricht. Zu beachten ist eine sehr unterschiedliche Teilnahmerate nach Gemeindetyp. Während sich die Arbeitsplatzgemeinden sehr gut beteiligten (8 von 11, 73%), fiel der Rücklauf mit 25% (3 von 12) bei den gemischten und 33% (3 von 9) bei den suburbanen Gemeinden tief aus. Bei den ländlichen Gemeinden füllte gar nur eine der fünf angeschriebenen Gemeinden den Fragebogen aus. Schliesslich machten die periurbanen und einkommensstarken Gemeinden zu 40% und 50% mit.

Tabelle 3: Rücklauf nach Gemeindetypen

Gemeindetyp	Stichprobe (Anzahl)	Rücklauf (Anzahl)	(%)
1: Zentren	1	1	100%
2: Arbeitsplatzgemeinden	11	8	73%
3: Suburbane (*)	9	3	33%
4: Periurbane	20	8	40%
5: Einkommensstarke	6	3	50%
6: Gemischte (§)	12	3	25%
7: Ländliche (+)	5	1	20%
Total	64	27	42%

Hinweis: (*) / (§): zusätzlich telefonische Informationen von (je) 2 Gemeinden: keine/wenig Probleme; kein Bedarf.

(+): zusätzliche Informationen von 1 Gemeinde: kein Angebot/Struktur; kein Bedarf

2.2 Telefonische Interviews

Telefoninterviews wurden in neun Gemeinden mit je zwei Fachpersonen (total 18 Interviews) zur Vertiefung der Problematik durchgeführt. Diese Fachpersonen konnten aus Bereichen wie etwa der Jugendarbeit, Integration, Schulsozialarbeit, Polizei oder Vereinen stammen und wurden uns von den Präsidien am Ende des Fragebogens angegeben, wobei mindestens vier Personen genannt werden sollten, um uns eine gewisse Auswahlmöglichkeit zu gewährleisten.

Die entsprechenden neun Gemeinden wurden wiederum proportional zum Anteil in der Gemeindetypologie ausgewählt, so dass sich folgende Berücksichtigung ergab:

- 1 x Zentrum
- 2 x Arbeitsplatzgemeinden
- 2 x suburbane Gemeinden
- 2 x periurbane Gemeinden
- 1 x gemischte Gemeinden
- 1 x einkommensstarke Gemeinden

Die ländlichen Gemeinden wurden für die Interviews nicht berücksichtigt, da sie keine Stellen aufwiesen, die man zusätzlich hätte befragen können, und sie keinen Bedarf anmerkten.

Zudem erfolgte die Auswahl innerhalb der Gemeinden so, dass die eine Fachperson aus der Praxis („operativ“), also möglichst nahe an der Arbeit mit Ju-



gendlichen, stehen sollte, die andere eher eine Nähe zu vorhandenen Gremien bzw. allgemeinen Strukturen („strategisch“) in einer Gemeinde aufweisen sollte. Folgende Bereiche wurden berücksichtigt für die Vertiefungsinterviews.

- Jugendarbeit
- Polizei
- Schulsozialarbeit
- Jugendkommission
- Kinder- und Jugendbeauftragte
- Pädagogische Beratungsstelle einer Gemeinde
- Gemeinderat (Fachbereich Sicherheit)
- Vereinsvertreter

Von den angefragten Fachpersonen stellten sich alle für ein solches Interview zur Verfügung bis auf zwei Ausnahmen, die aber problemlos ersetzt werden konnten. Die Telefoninterviews fanden mehrheitlich in den ersten drei Wochen des Juli 2011 statt.

2.3 Erhebungsinstrumente

Der Fragenkatalog für die Befragung der Gemeindepräsidien umfasste je eine offene Frage zu den folgenden Bereichen:

Problembelastung in Gemeinde

1. Junge Menschen verursachen manchmal Probleme in der Gemeinde und verstossen dabei teilweise auch gegen Strafnormen. Wie ist das in Ihrer Gemeinde? (Bitte geben Sie nachfolgend alle Probleme an, die junge Menschen in Ihrer Gemeinde in der Öffentlichkeit oder im Freizeitbereich verursachen. Dabei ist nicht nur Jugendgewalt im engeren Sinn gemeint, sondern auch als störend oder bedrohlich empfundenen Verhalten junger Menschen an öffentlichen Orten. Bitte geben Sie zudem die ungefähre Häufigkeit des Problemvorkommens an. (Hierzu stand eine sechsstufige Antwortskala von „einmal pro Jahr oder seltener“ bis „(fast) täglich“ zur Verfügung).
- Im Fragebogen wurde diese offene Frage nach zwei groben Problembereichen unterschieden, für die auch Beispiele genannt wurden: einerseits „*physische und psychische Gewalt (z.B. Schlägerei, Raub, sexuelle Belästigung, Anpöbeln)*“ und andererseits „*sonstiges Problemverhalten (z.B. Alkohol-/Drogenkonsum, Vandalismus, Lärm, Abfall)*“. Zudem konnten die Befragten unter dem Titel „andere Probleme“ allfällige weitere Aspekte von Problemverhalten aufführen.

Ergriffene Massnahmen

2. Falls eines der oben aufgeführten Probleme in Ihrer Gemeinde vorgekommen ist: Wurden Massnahmen dagegen ergriffen und, wenn ja, welche?

Vorhandenes Angebot an Prävention

3. Welche Angebote zur Prävention von Problemverhalten junger Menschen im Bereich Gewalt (d.h. körperliche und psychische Gewalt, Vandalismus, Raub, Drohungen) bestehen in Ihrer Gemeinde?
Bitte nennen Sie uns alle bestehenden Programme oder einzelnen Massnahmen, die zur Prävention von Gewalt bei jungen Menschen in Ihrer Gemeinde angeboten werden (sei es auf Initiative der Gemeinde oder von privater Seite aus).

Strukturen zur Umsetzung von Gewaltprävention

4. Bestehen – neben den typischen Institutionen wie Jugendarbeit, Kirche und Polizei – in Ihrer Gemeinde spezielle Stellen oder Gremien, die für die Koordination und Umsetzung von Aktivitäten zur Gewaltprävention bei jungen Menschen langfristig eingerichtet wurden? (z.B. Beauftragter für Prävention, Koordinationsgruppen, institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen Jugendarbeit und Polizei)

Bedarf an Massnahmen im Bereich Gewalt junger Menschen

5. Besteht aus Ihrer Sicht Bedarf an (zusätzlichen) Massnahmen (Prävention, Intervention, Repression) im Bereich Gewalt von jungen Menschen in Ihrer Gemeinde?

- 5.a) [Falls ja:] Welcher Art müssten diese Massnahmen sein? Besteht aus Ihrer Sicht ein Bedarf an Unterstützung dabei? Wie dringlich sind diese unterstützenden Massnahmen für Ihre Gemeinde?

Bedarf an Massnahmen im Bereich sonstiges Problemverhalten junger Menschen

6. Besteht Bedarf an (zusätzlichen) Massnahmen (Prävention, Intervention, Repression) in anderen Bereichen des Problemverhaltens von jungen Menschen in Ihrer Gemeinde?
- 6.a) [Falls ja:] Welcher Art müssten diese Massnahmen sein? Besteht aus Ihrer Sicht ein Bedarf an Unterstützung dabei? Wie dringlich sind diese unterstützenden Massnahmen für Ihre Gemeinde?

Der Leitfaden für das Telefoninterview folgte dieser Struktur weitestgehend. Eine zusätzliche Frage betraf das Vorhandensein von Möglichkeiten für junge Menschen zur Mitbestimmung (z.B. bei der Gestaltung des öffentlichen Raums). Eine andere fragte, ob die Behörde der Gemeinde den von der Fachperson geäusserten Bedarf (bzw. Nicht-Bedarf) ebenso wahr nimmt oder nicht. Schliesslich konnten die Befragten noch allgemeine Anmerkungen zu den Fragen mitteilen.

2.4 Auswertung

In beiden Modulen erfolgte die Auswertung der Daten nach Gemeindetypen in *anonymisierter Form*, d.h. ohne Nennung der einzelnen Gemeinden und der befragten Fachpersonen.

Die Antworten aus den Telefoninterviews wurden aufgezeichnet und hernach sinngemäss zusammengefasst, jedoch nicht wortwörtlich verschriftlicht.

Die Auswertung ist als qualitativ-deskriptiv zu verstehen. Es wurde versucht, übergreifende Themen zu identifizieren.

3 Resultate

Die Antworten auf die Fragebereiche werden vorerst für jeden Gemeindetyp separat dargestellt. Dabei beziehen wir uns primär auf die Aussagen der Gemeindepräsidien, da diese in grösserer Zahl vorliegen. Wie vorgesehen werden dazu Ergänzungen aus Sicht der Fachpersonen dargelegt.

3.1 Zentren

Das befragte Zentrum (N = 1) zeichnet sich durch viele und häufige Problemlagen hinsichtlich Gewalt und sonstigem Problemverhalten Jugendlicher und junger Erwachsener aus. Ebenso zahlreich und differenziert sind die Massnahmen und Präventionsangebote. Die Vernetzung innerhalb der Gemeinde ist hierfür ein fester Bestandteil, ist aber auch vielfältig, strukturell unterstützt und in einem steten Entwicklungsprozess.

Probleme

Pöbeleien, Sachbeschädigung, Alkohol- und Drogenkonsum und Littering gehören zur täglichen Belastung. Aber auch mit Körperverletzung, Mobbing, Raub, sexueller Belästigung, Cybermobbing oder mit „problematischen Ansammlungen von Jugendlichen im öffentlichen Raum“ ist die Zentrums-Gemeinde mindestens einmal pro Woche konfrontiert.

Genannt im Bereich der *körperlichen und psychischen Gewalt* wurden:

- Pöbeleien und Grenzüberschreitungen gegen Mitmenschen (täglich)
- Tötlichkeit und Körperverletzung (mehrmals pro Woche)
- Mobbing (mehrmals pro Woche)
- Raub (mehrmals pro Woche)
- Sexuelle Belästigung (wöchentlich)
- Cybermobbing (wöchentlich)
- Angriff, Raufhandel (mehrmals pro Jahr)

Genannt im Bereich *sonstiger Problemverhalten* wurden:

- Sachbeschädigung und Vandalismus (täglich)
- Alkohol- und Drogenkonsum (täglich)
- Littering, Lärm (täglich)
- problematische Ansammlungen von Jugendlichen im öffentlichen Raum (mehrmals pro Woche)

Ergriffene Massnahmen

Die Massnahmen, die auf vorkommende Probleme in diesem Gemeindetyp ergriffen wurden, fielen differenziert aus und betrafen insbesondere die Arbeit der offenen Jugendarbeit, der Polizei, der Schulen und der Schulsozialarbeit sowie deren Vernetzung und das damit zusammenhängende Reaktionsvermögen.



Als Reaktionen auf die genannten *Gewaltprobleme* wurde von den Gemeinden Folgendes genannt:

- Jugendarbeit: Offene Jugendarbeit (mobile Jugendarbeit, Midnight-Basketball)
- Polizei: Spezialisierung der Polizei (Schulprojekte, enge Zusammenarbeit mit der Jugendanwaltschaft)
- Schule: Schaffen von internen und Zusammenarbeit mit externen Fachstellen an Schulen (Schulsozialarbeit, Schulpsychologischer Dienst, Elternarbeit, bei Bedarf Krisenintervention; enge Zusammenarbeit mit spezialisierten Fachstellen des Opferschutzes, Suchtprävention, Familienberatung)

Auf die genannten *sonstigen Probleme* wurden folgende Massnahmen ergriffen:

- Sofortige Reaktionen bei Suchtproblematik: Bspw. wird den Jugendlichen Alkohol durch die Polizei abgenommen und deren Eltern werden informiert – auch über Suchtberatungsangebote
- Departementsübergreifende Massnahmen gemäss Jugendschutzkonzept Alkohol.
- Littering und Lärm werden konsequent gebüsst

Gewaltpräventionsangebote

Auf die Frage nach bereits vorhandenen Angeboten zur Prävention von Gewalt wurden Jugendarbeit, Quartierjugendtreffs, Projekte an den Schulen, Fachstellen sowie der Jugenddienst der Polizei und die Arbeitsgruppe für Intensivtäter als andauernde Präventionseinheiten aufgelistet. Regelmässig gibt es Kurse und Begleitungen durch die Suchtprävention, Midnight-Basketball, ein Schulprojekt zu „Jugend und Polizei“ und Gewaltpräventionsveranstaltungen. Auch Statt-Gewalt-Rundgänge zur Förderung der Selbstsicherheit und Zivilcourage der Bevölkerung werden durchgeführt.

Viele dieser Angebote basieren auf Vernetzung mit anderen, meist gemeinde-internen Stellen.

Gemeinde-intern:

- Offene Jugendarbeit (Jugendhaus und -quartiertreffs, aufsuchende Jugendarbeit, Midnight-Basketball)
- Präventionsangebote an Schulen (Schulsozialarbeit, Projektwochen, Frühinterventionskonzepte und Regelwerke) und an Fach- sowie Beratungsstellen (okey; Jugend- und Familienberatung)
- Angebote der Polizei („Jugend und Polizei“-Referate in Schulklassen; Jugendfachstelle der Polizei (Prävention, Früherkennung, Vernetzung, Repression und Nachbetreuung) Statt-Gewalt-Rundgänge zur Förderung der Zivilcourage)
- Suchtprävention (Frühinterventionskurse und -konzepte)

Gemeinde-extern:

- Intensivtäter-Arbeitsgruppe mit Jugendanwaltschaft, Jugenddienste der Kantonspolizei und der Stadtpolizei Zürich und mit Justizvollzug

Strukturen zur langfristigen Umsetzung von Gewaltprävention

Wie einleitend bereits angesprochen sind viele spezialisierte Stellen oder Gremien zur langfristigen Umsetzung von Gewaltprävention in der Zentrums-gemeinde aktiv, wobei die Gewaltprävention jeweils nicht die einzige Kernaufgabe ebendieser Stellen oder Gremien darstellt.

Namentlich sind dies:

- die Kinder- und Jugendbeauftragte
- eine städtische Jugendkommission (Treffen 2x jährlich)
- ein regelmässiger runder Tisch zum Gebiet Hauptbahnhof (Sicherheitsdienst, Polizei, Strassensozialarbeit, Jugendarbeit)
- unterschiedlich häufige runde Tische in den Quartieren zur Koordination und Erfahrungsaustausch (Jugenddienst, Schularzt, Kreisschulpflege, Schulsozialarbeit; SPD, Mobile Jugendarbeit, Schulleitung, Quartierverein)
- ein regelmässiger Informations- bzw. Erfahrungsaustausch zwischen Jugenddienst der Polizei und der mobilen Jugendarbeit

Bedarf

Aufgrund differenzierter Stellen und Massnahmen bezüglich Jugendgewalt auf Gemeindeebene ist die Bedarfslage nicht sehr gross, da bereits vielerorts abgedeckt. Die Nennungen sind sehr spezifisch und in Bezug auf bestehende Angebote beschrieben:

- Hoher Bedarf an einer Stärkung der bestehenden Strukturen und Einrichtungen der offenen Jugendarbeit und Polizei, insbesondere für Einsätze an den bekannten Brennpunkten
- Hoher Bedarf an der Ausweitung bestehender Präventionsangebote auf alle Schulstufen
- Hinsichtlich Ausbaus der Platzierungsangebote für schwierige Jugendliche, wie bspw. Tagesklinik für Kinder und Jugendliche mit psychischen Auffälligkeiten, „Time-Out“ oder adäquate Schulformen, besteht ebenfalls ein hoher Bedarf
- Dem Ausbau des Jugendinformationsportals wird eine mittlere Dringlichkeit beige-messen
- Ebenfalls wird eine verbindliche Einführung von Früherkennungs- und Frühinter-ventionskonzepten an den Schulen durch die Zentralschulpflege als relativ drin-gend gesehen

Telefoninterviews

Zur Gewinnung eines differenzierten Blicks auf den Bedarf in der befragten Zentrumsgemeinde wurden die Fachpersonen in den Telefoninterviews (N = 2) vertreten durch einen Mitarbeitenden des Jugenddienstes der Polizei und einen Mitarbeitenden der Offenen Jugendarbeit.

Dabei wurde deutlich, dass man sich im beschriebenen, grossen Angebot an Präventionsprojekten und Massnahmen hauptsächlich an Kontakten oder Netzwerken orientiert, die man selbst aktiv mitgestalten bzw. pflegen kann. Es ergaben sich zudem folgende wichtige Ergänzungen oder Differenzierungen in Bezug auf die Formen der Gewalt, vorhandene Praxis und Bedarf:

- *Form:* Sowohl körperliche als auch psychische Gewalttaten stehen oft im engen Zusammenhang mit bestehenden Gruppenkulturen (bspw. Gewaltausübung in der Gruppe und/oder problematisches Frauenbild)
- *Bestehende Praxis:* Von grosser Bedeutung ist eine schnelle Reaktion auf Vorfälle, um auf die Provokationen mit Miteinbezug von Fachleuten richtig zu reagieren. Vernetzungen, bspw. von Polizei und Jugendarbeit, sind hierfür evident
- *Bedarf:* Insbesondere beim Mobbing im Internet ist die Dunkelziffer sehr hoch und deshalb der Bedarf an früher Vermittlung eines richtigen Umgangs sowie Rückenstärkung der Opfer gegeben
- *Bedarf:* Weil Schulen mehr und jüngerer Zielpublikum erreichen, wäre eine Zunahme der Gewaltpräventionsarbeit an Schulen wichtig. Suchtprävention wird bezüglich Arbeit an Schulen, Vernetzung und Angeboten als Vorbild gesehen. Aber oft braucht es auch Vertrauen, ein Vor-Ort-Sein in der Freizeit
- *Bedarf:* Da sich sehr viele Gewaltvorfälle im Ausgang – oft im Zusammenspiel mit Alkohol oder anderen Drogen – ereignen, wäre eine Gewaltpräventionsarbeit in diesem Feld notwendig, stellt aber aufgrund des Kontextes eine grosse Herausforderung dar
- *Bedarf:* Präventive Wirkung hätte jedoch auch eine Auseinandersetzung der gesamten Bevölkerung mit einem allgemeinen zwischenmenschlichen Umgang, mit einer „Zivilcourage“

3.2 Arbeitsplatzgemeinden

Insgesamt haben sich acht Arbeitsplatzgemeinden an der Umfrage beteiligt. Darunter befindet sich eine der acht Gemeinden der Flughafenregion, die sich zu den „glow“-Gemeinden zusammenschlossen. Aufgrund der Vernetzung unter diesen Gemeinden gelten deren Antworten für eine ungleich grössere Zahl von Einwohner/innen als die anderen Gemeinden dieses Typus‘.

Eine andere Gemeinde füllte den Fragebogen nur teilweise aus und machte keine Angaben zu Gewaltproblemen (mit Hinweis auf Dunkelfeld), dem Gewaltpräventionsangebot, sowie zum Bedarf (mit Hinweis, dass allgemeingültige Aussagen im Rahmen dieser Umfrage nicht möglich seien).

Probleme

Die genannten Problempunkte fielen heterogen aus, wobei die Problemhäufigkeit über alles gesehen, als auf eher tiefem bis mittlerem Niveau liegend berichtet wurde.

Zum Problembereich „physische und psychische Gewalt“ wurde Folgendes genannt:

- Physische Gewalt: „Schlägereien“ wurden am meisten genannt (5 Nennungen): von einmal jährlich bis wöchentlich
- Anpöbeln (2-mal): mehrmals jährlich
- Sexuelle Belästigungen (2-mal): von wöchentlich bis mehrmals wöchentlich
- Mobbing/Bullying/Cybermobbing (4-mal): meistens mehrmals jährlich

Für den Bereich sonstiges Problemverhalten erhielten wir folgende Nennungen:

- Abfall/Littering (7-mal): überwiegend im höheren Häufigkeitsbereich (wöchentlich bis täglich)
- Lärm/Mofa-Lärm (6-mal): von mehrmals jährlich bis mehrmals wöchentlich
- Vandalismus (6-mal): Nennungen von mehrmals jährlich bis mehrmals wöchentlich (letzte Häufigkeit bezieht sich auf schönes Wetter), wobei die meisten Nennungen im mittleren Häufigkeitsbereich lagen (monatlich)
- Problematischer Alkoholkonsum (5-mal): von mehrmals jährlich bis mehrmals wöchentlich

Einzelne Nennungen betrafen:

- Raub und Einbrüche (mehrmals jährlich)
- Drohungen und Erpressungen (mehrmals jährlich)
- Tötlichkeiten gegen Lehrperson (jährlich)
- Ankunft Nachtzüge Bahnhof (monatlich)
- Kinder, die spät abends auf der Gasse sind bei schönem Wetter (ohne Angabe)

Ergriffene Massnahmen

Drei Gemeinden reagierten auf alle genannten Probleme mit derselben Massnahmenkombination, nämlich Jugendarbeit bzw. aufsuchende Jugendarbeit in Verbindung mit Polizeipatrouillen und Sicherheitsdienst. Die Jugendarbeit fokussiert vermehrt auf anstehende Themen und es werden Aktionen/Projekte gegen Gewalt in der Gemeinde draussen (an Orten, wo sich Vorfälle ereigneten) durchgeführt.

Allgemein fielen die ergriffenen Massnahmen in den meisten Gemeinden dieses Gemeindetyps relativ differenziert aus.

Auf die genannten *Gewaltprobleme* wurden von den Gemeinden die folgenden Reaktionen genannt:

- Schlägereien in der Schule:
 - Präventionsarbeit in den Klassen (z.B. Sozialtraining), teilweise mit Schulsozialarbeit zusammen
 - Verträge mit Eltern und Schülern unter Androhung von Massnahmen
 - Elterngespräche
 - Interventionen: Konfliktklärung, schulische Time-Out
 - Runder Tisch Gewaltprävention (Jugendarbeit, Schulsozialarbeit, Exekutive, Polizei, Kirchen), zweimal jährlich ohne besondere Vorfälle
- Mobbing:
 - Präventionsarbeit in Klassen zusammen mit Schulsozialarbeit und mobiler Jugendarbeit/-beratung
 - Prävention mit Cliques im öffentlichen Raum
 - Interventionen, Androhen von Massnahmen
 - Begleitung von Opfern
 - Elterngespräche
- Jugendarbeit allgemein
- Projekte der mobilen Jugendarbeit (Bsp.: gegen Gewalt in Gemeinde draussen)
- Polizeipatrouillen allgemein

Auf die genannten sonstigen Probleme wurden folgende Massnahmen ergriffen:

- Jugendarbeit und mobile Jugendarbeit (allgemein genannt)
- Polizeipatrouillen (allgemein)
- Alkohol: Programme der Jugendarbeit, aufsuchende Jugendarbeit; Informationsveranstaltung für Eltern; persönliche Gespräche; Alkoholtestkäufe,
- Littering/Lärm
 - verschiedene Runde Tische
 - mobile Jugendberatung
 - Thematisierung in Schulen; Schüler sammeln Abfall; Waldputztag der Schulen
 - Eine Gemeinde hat am Anti-Littering-Projekt „Triffsch“ teilgenommen (Pilotprojekt Zürcher Unterland)
- Vandalismus:
 - Prävention, Aufklärung, Wiedergutmachung, Elterngespräch, schulisches Time-Out (1-mal)
 - Waldputztag an Schulen (1-mal)

Ohne Spezifikation:

- Runder Tisch Jugend
- Stärkung und Unterstützung der Vereinsarbeit

Gewaltpräventionsangebote

Auf die Frage nach bereits vorhandenen Angeboten zur Prävention von Gewalt wurden meist diverse Projekte an Schulen oder kleinere Projekte der Ju-

gendarbeit bzw. aufsuchender Jugendarbeit genannt. Dabei handelte es sich um Einzelaktionen wie z.B. Workshops.

Die meisten (n = 5) Gemeinden berichteten über eine relativ grosse Vielfalt an bestehenden Gewaltpräventionsbemühungen (Bsp. siehe unten). Bis auf eine haben all diese Gemeinden ein eher tiefes Niveau an Gewaltproblemen.

Zwei Gemeinden (mit tiefer Problembelastung) beantworteten diese Frage eher pauschal. Die Eine vermerkte, dass seit einigen Jahren alle genannten Themen in der Schule und in der Jugendarbeit diskutiert werden, die Andere verwies auf aufsuchende Jugendarbeit und die Präsenz bzw. Patrouillen von Polizei und Sicherheitsdienst.

Eine Gemeinde machte zu dieser Frage keine Angaben und vermerkte kritisch, dass nicht klar sei, was für uns ein Präventionsangebot sei, da alle Projekte der Kinder- und Jugendarbeit und selbst Vereine präventiven Charakter in Anspruch nehmen könnten.

Neben der einfachen Nennung von Institutionen wie aufsuchende Jugendarbeit, Schulsozialarbeit und Polizei und deren allgemein bekannten „normalen“ Tätigkeiten, wurden auch speziellere Angebote genannt (meist nur von einer Gemeinde genannt).

- Im Rahmen der Schule:
 - Unterricht und Elterninformationsabend zu Neuen Medien (Handy, Internet, Facebook, etc.)
 - Hausordnungen, die an Oberstufe von Eltern unterschrieben werden müssen
 - Ebenfalls unter Mitwirkung der Eltern: Kurs zu Lebenskompetenz, entwickelt von einer Suchtpräventionsstelle
 - Workshop zu Stressbewältigung, Sozialverhalten auf Schulweg
- Aufsuchende Jugendarbeit im virtuellen Raum
- Graffiti-Workshops der Jugendarbeit
- Selbstverteidigungskurse für Jungs und Mädchen (inkl. Verhalten im Ausgang, Deeskalation) (2 Nennungen)
- Zivilcourage-Rundgänge für alle Einwohner/innen der Gemeinde (Fachstelle Gewaltprävention Zürcher Oberland)
- Frühintervention (Zusammenarbeit zwischen Polizei, Vormundschaftsbehörde und Jugendbeauftragter) zur Erfassung von Auffälligkeiten
- Spielaktionen im Quartier zur Stärkung von betroffenen Jugendlichen, Eltern, Lehrpersonen etc.
- Diverse Aktivitäten der Jugendarbeit der beiden Landeskirchen

Die genannten Projekte wurden oft mit Hinweis auf eine bestehende Vernetzung mit anderen Stellen genannt, wobei wir diese in gemeinde-interne und -externe Vernetzung zusammenfassten:

Gemeinde-intern:

- Themenbezogene Runde Tische zur Jugend oder Jugendgewalt (unterschiedliche Intensität und Besetzung und situativ, d.h. abhängig vom Vorfall)
- Vernetzungen meistens zwischen Gemeindepolizei, Jugendarbeit/aufsuchende Jugendarbeit, Schulsozialarbeit (teilweise: Sicherheitsdienste, Lehrpersonen, Vereine/Kirchen)

Gemeinde-extern:

- Nur wenig Nennungen; Bsp. Kantonspolizei/ Jugendanwaltschaft/ Regionale Jugendarbeit/ Austausch zwischen „glow“-Gemeinden (8 Gemeinden des Glatttals, Flughafenregion)

Strukturen zur langfristigen Umsetzung von Gewaltprävention

Hierbei wurde gefragt, ob in der Gemeinde spezielle Stellen oder Gremien bestehen, die für die Koordination und Umsetzung von Gewaltpräventionsaktivitäten *langfristig* eingerichtet wurden.

Die Gemeinden nannten hierzu zwischen drei und sechs solcher Stellen oder Vernetzungsgremien aus den folgenden Bereichen:

- Kommissionen und entsprechende Arbeitsgruppen: „Jugendkommissionen“ (ohne und mit Angabe von z.B. „ständige Arbeitsgruppe“ zur Prävention unter Mitwirkung von Behörde, Schulpflege, Schulsozialarbeit, Jugendarbeit, Vereine, Suchtpräventionsstelle; oder „Runder Tisch Gewaltprävention“); meist 2-3 Treffen pro Jahr
- Schulsozialarbeit
- Austausch der regionalen Jugendbeauftragten
- Vernetzung zwischen Jugendarbeit und Schulsozialarbeit
- Vernetzungen (Austausch und Kooperation) von Kantonspolizei (allgemein oder Jugenddienst) und/oder Gemeindepolizei mit Jugendarbeit und Schule
- Vernetzungs- und Koordinationssitzungen („aller jugendrelevanter Institutionen“, „zwischen politischer Gemeinde, Schulgemeinde und Kirchgemeinden“, Austausch zwischen Behörde und Lehrpersonen der Oberstufe, Austausch zwischen Behörde und Jugendanwaltschaft)

In der Gemeinde mit hoher Gewaltbelastung besteht eine speziell auf die Gewaltprävention ausgerichtete Steuergruppe und ein Runder Tisch (mit allen relevanten „Playern“) sowie ein Beauftragter für Kinder und Jugendliche mit explizitem Präventionsauftrag (Sucht und Gewalt).

Bedarf

Nur zwei Gemeinden vermeldeten einen Bedarf an Massnahmen.

Die eine Gemeinde nannte die rechtliche Klärung bezüglich Alkoholtstkäufen, wobei hohe Dringlichkeit bestehe.

Eine andere Gemeinde sah mit mittlerer Dringlichkeit einen Bedarf an einem „gemeinde- und institutionsübergreifenden Austausch“ in beiden Bereichen, d.h. Gewalt und sonstiges Problemverhalten.

Telefoninterviews

In zwei Arbeitsplatzgemeinden wurden durch die Befragung von Fachpersonen (N = 4) vertiefende Einblicke in die Problematik erhalten. Befragt wurden zwei Kinder- und Jugendbeauftragte, ein für den Bereich Sicherheit verantwortlicher Gemeinderat und ein Leiter einer Gemeindeberatungsstelle, die die Schulsozialarbeit und die Jugendarbeit umfasst.

Als Hauptprobleme wurde Littering (allgemeines Problem, nicht nur Jugendliche), Vandalismus, Erpressungen (öffentlicher Bereich/Schulweg und in/um Schule) sowie Mobbing (an Schulen) genannt. Auf diese Probleme hat man mit Vernetzungen reagiert. So tauscht man sich meist zwischen Schule (Schulsozialarbeit), Freizeit (Jugendarbeit) und Polizei aus, teilweise auch umfassend mit allen wichtigen Involvierten in Runden Tischen. Die Jugendarbeit und die Gemeinden im Bereich Sicherheit arbeiten auch regional zusammen.

Die Fachpersonen bestätigten das bereits geschilderte vielfältige Gewaltpräventionsangebot in Form diverser Vernetzungen, schulischer Projekte, etc. (z.B. Sucht- und Gewaltprävention, „Chili“, „Peacemaker“-Programm). Ergänzend ist festzuhalten, dass eine Gemeinde an einem grossen Ziel eines Gesamtlebensraums ohne Gewalt arbeitet. Dazu wird auch mit speziellen Raumaneignungen gearbeitet, das heisst, dass die mobile Jugendarbeit Orte mit anderen Inhalten „besetzt“, so dass es nicht nur Orte sind, an denen häufig Mobbing geschieht.

Die Fachpersonen nannten folgende Möglichkeiten zur Förderung von Jugendlichen in ihrer Gemeinde:

- Jugendkonferenz
- „Street soccer“-Turnier
- Von Jugendlichen organisierte Kinoreihe (Freilicht)
- Familienergänzende Angebote: Spielanimation, Hort
- Quartierentwicklung/Gemeinwesenarbeit
- Örtliche Beratungsstellen zur Lebensbewältigung
- Vereine/Pfadi
- Diverse Möglichkeiten zur Mitbestimmung in Jugendarbeit
- Stimmrecht

Ergänzend zum geäusserten Bedarf durch die Gemeindepräsidien nannten die Fachpersonen Folgendes:

- *Bedarf:* Projekte im öffentlichen Raum (z.B. „street soccer accademy“, sprich: Fussballspielen und Hausaufgaben erledigen): Unterstützung a) Begleitung bei Umsetzung z.B. durch Fachhochschule, b) Vereine, die Projekt übernehmen.

- *Bedarf*: Beratung für Eltern: Modelle für frühzeitige Unterstützung (darf nicht als Eingriff wahrgenommen werden): Unterstützung nötig für verbesserten Zugang zu Eltern, bzw. sei es wichtig Unterstützung durch Jugendanwaltschaft und Vormundschaftsbehörde zu erhalten
- *Bedarf*: Mehr Personal für polizeiliche Repression
- *Bedarf*: Prävention von Littering und Vandalismus. Dabei wurde betont, dass diese auf Ebene der gesamten Gemeinde stattfinden müsste. Eine Unterstützung würde begrüsst in Form von einem kantonalen oder nationalen Programm, an das man sich anschliessen könnte (analog zur Suchtprävention)
- *Bedarf*: mehr Stellen für Schulsozialarbeit und Jugendarbeit

Die Fachperson für Sicherheit machte keinerlei Bedarf geltend, man sei hinsichtlich Prävention gut ausgestattet.

3.3 Suburbane Gemeinden

Beim Gemeindetyp der suburbanen Gemeinden können wir nebst den Aussagen von Gemeindepräsidenten per Fragebogen (n = 3) auch noch auf telefonische Nachfragen bei zwei weiteren suburbanen Gemeinden zurückgreifen, die den Fragebogen nicht zurückgesandt hatten. Allerdings zielten diese Nachfragen bloss auf das Problemausmass und die Bedarfslage aus Sicht des/der jeweiligen Gemeindepräsidenten/in.

Generell wurden hier nur von wenigen Vorfällen physischer oder psychischer Gewalt berichtet. Konkrete Angebote zur Prävention von Jugendgewalt sind einerseits in Programmen des schulischen Settings, andererseits in der Einführung aufsuchender Jugendarbeit anzutreffen. Als akuter wird das problematische Verhalten Jugendlicher in Bezug auf Littering und Vandalismus gesehen. Als bestehende Strukturen zur längerfristigen Nutzung für die Gewaltprävention wurde einzig die Vernetzung zwischen Polizei und Jugendarbeit genannt.

Probleme

Zu physischen Gewaltvorfällen kommt es sehr selten, von sonstigen Problemen (Alkohol, Vandalismus, Lärm) wird hingegen häufig, von Littering sehr häufig berichtet.

Genannt im Bereich der *körperlichen und psychischen Gewalt* wurden:

- Körperliche Gewalt (1 Nennung: mehrmals jährlich)
- Gewalt von Jugendlichen der Gemeinde ausserhalb Gemeinde (1 Nennung: ein- bis mehrmals jährlich)
- Sexualdelikte (1 Nennung: einmal jährlich)

Genannt im Bereich *sonstiger Problemverhalten* wurden:

- Littering, Vandalismus (oft in Form von Graffiti), Lärm – teils verbunden mit Ansammlung von Jugendlichen an spezifischen Orten (3 Nennungen: wöchentlich bis mehrmals wöchentlich)
- Kleinkriminalität (Einbrüche, Drogendeal) (1 Nennung: ein- bis mehrmals jährlich)
- Drogen- und Alkoholkonsum (1 Nennung: wöchentlich)

- Vermögensdelikte (1 Nennung: monatlich)

Ergriffene Massnahmen

Massnahmen im Bereich körperlicher und psychischer Gewalt gibt es in den suburbanen Gemeinden keine. Als Reaktion auf die übrigen Problemlagen (s.o.) wird in zwei der drei Gemeinden auf mobile Jugendarbeit gesetzt – in einer ergänzt mit einem runden Tisch. In der dritten steht die Verstärkung der Polizei- bzw. Sicherheitspatrouille sowie der Zusammenarbeit zwischen Schulen und Polizei im Zentrum.

Als Reaktionen auf die genannten *Gewaltprobleme* wurde von den Gemeinden Folgendes genannt:

- Keine

Auf die genannten *sonstigen Probleme* wurden folgende Massnahmen ergriffen:

- Einführung aufsuchender Jugendarbeit
- Zusammenarbeit Polizei und Primarschule
- Gemeindesicherheitsdienst zur Überwachung neuralgischer Plätze

Spezifische Einzelnennung:

- Direkte politische Beteiligung der Jugendlichen an einem runden Tisch im Zusammenhang mit der Problemlösungsfindung zu einem Ort in der Gemeinde mit Konfliktpotential

Gewaltpräventionsangebote

Die Angebote an Präventionsaktivitäten im Bereich Gewalt sind ebenfalls kaum vorhanden und nicht spezifisch auf Gewaltphänomene ausgerichtet. Genannt wurden:

Gemeinde-intern:

- Behandlung des Themas an den Schulen
- Einführung eines Jugendkonzepts
- Angebote an Freizeitaktivitäten
- Anlässe des Elternvereins

Strukturen zur langfristigen Umsetzung von Gewaltprävention

Strukturen zu einer langfristigen Umsetzung von Gewaltprävention gibt es ebenfalls kaum. Zwei der drei Gemeinden erwähnen explizit, dass es bei

ihnen keine solche Struktur gäbe. Die dritte erwähnte die Vernetzung zweier Stellen, die mit Jugendlichen direkt zu tun haben, als zentrale Struktur:

- Vernetzung von Polizei und Jugendarbeit

Bedarf

Die Gemeinden geben an, dass sie wenig oder keinen Bedarf an Massnahmen der Prävention, Intervention oder Repression haben. Eine Gemeinde verweist darauf, dass Gewaltpräventionsangebote einen Bedarf mittlerer Dringlichkeit darstelle.

- Die erwähnte Gemeinde definiert einen Bedarf an Präventionsangeboten ohne weitere Präzisierung

Bei den Massnahmen in anderen Bereichen des Problemverhaltens sehen zwei der drei Gemeinden Bedarf:

- Bedarf an Umsetzung von allgemeinen Präventionsprogrammen, namentlich ein Bedarf allgemein präventionsorientierten an Fachpersonen und Modellen
- Spezifischer definiert ist die zweite Bedarfslage: Die Umsetzung von Resultaten einer Veranstaltung mit Beteiligung aller Betroffenen bzw. Interessierten (auch Jugendliche) zur Lösung definierter Problemlagen an einem Ort/Treffpunkt auf Gemeindeebene

Telefoninterviews

Zur Gewinnung eines differenzierten Blicks auf Gewaltprävention in den suburbanen Gemeinden wurden die Fachpersonen in den Telefoninterviews (N = 4) vertreten durch Mitarbeitende der Jugendarbeit, der Schulsozialarbeit, der Polizei sowie durch eine Jugendbeauftragte.

Primär verweisen sie auf die spezifischen Herausforderung in der Nähe von Zentrumsgemeinden, den Jugendlichen etwas bieten zu können, sich in der dicht gebauten Region nicht zu stören, sowie mit den Jugendlichen nach dem Ausgang in den Zentren konfrontiert zu sein. Zudem seien die Probleme – im Gegensatz zu Zentren – hausgemacht. Körperliche Gewalt kommt auch gemäss Fachpersonen selten vor, kann dann aber heftig sein. Problematischer seien Vandalismus und Suchtprobleme und vor allem Mobbing sowie weitere demütigende Formen der Gewalt und Gewalt in den Familien, weshalb die Unterstützung der (möglichen) Opfer einen wichtigen Aspekt darstellt. Weitere Differenzierungen hinsichtlich Gewaltformen, vorhandener Strukturen und Bedarf sind folgend widergegeben:

- *Form*: Littering, Vandalismus und Lärm kommen oft vor und sind Ausdruck suburbaner Langeweile
- *Bestehende Praxis*: Es erweist sich als für Präventionsarbeit wichtig, dass man gemeindeintern im Austausch sei. Meist kenne man sich, trifft sich oft informell

- (beim „Znüni“). Vereinzelt entstanden auch Fachgruppen. Überregional werden vor allem Fachtreffen sowie der Jugenddienst der Kantonspolizei erwähnt
- *Bestehende Praxis/ im Aufbau*: Als für Präventionszwecke zentral wird die frühzeitige Sensibilisierung erachtet. Hierfür wird auch v.a. die Schule genannt (Schulsozialarbeit: Sozialtrainings, Projektwochen, Programme, Streitschlichtung). Aber auch in Freizeit, wo viel passiert, ist Präsenz immer wichtiger (Jugendarbeit (Kampfspiele, Selbstbehauptung, Präsenz an Brennpunkten)). Vor allem muss man die Jugendlichen kennen, mit ihnen im Austausch sein, miteinander sprechen, Platz für Anerkennung bieten (Bedarf). Auf dieser Basis lässt sich auch besser abwägen, wie gravierend Probleme wirklich sind, wie sehr subjektives Empfinden und Verunsicherungen mitspielen
 - *Bestehende Praxis*: Durch gemeinde-interne Vernetzung und persönliche Kontakte kann man sowohl präventiv als auch reaktiv aufgestellt sein bzw. sich auf der Ebene der Gemeinde selbst organisieren – Prävention, Intervention und Repression rücken definitorisch auch hier eng zusammen
 - *Bedarf/ bestehende Praxis*: Nur repressive Massnahmen haben sich jedoch für alle interviewten Fachpersonen einstimmig als problematisch erwiesen (Sicherheitsdienst verhält sich zu dominant oder Jugendliche, die sich durch Wegweisungen der Polizei ausgeschlossen fühlen und sich dafür rächen). Allerdings sei bei Präventionen Wirkung stets schwierig nachzuweisen, weshalb es im Gegensatz zu Repression mehr Akzeptanzprobleme in der Bevölkerung gibt. Das Finden von Synergien aber auch von Abgrenzungen bleibt deshalb ein wichtiger Fokus für die Zukunft

3.4 Periurbane Gemeinden

In den periurbanen Gemeinden (N = 8 + 1 Nachfrage per Telefon bei einer weiteren periurbanen Gemeinde zu Problemlagen und Bedarf ebenfalls auf Präsidiumsebene) sind nur wenige Probleme genannt worden. Diese beziehen sich vor allem auf die Folgen der Nutzung des öffentlichen Raums wie Lärm, Alkohol- und Drogenkonsum, Abfall/Littering oder Vandalismus. Ein Bedarf an Massnahmen oder Projekten wurde seitens Gemeindepräsidien jedoch kaum genannt. Die Fachpersonen wiesen hingegen auf die künftige Wichtigkeit von Früherkennung, persönlichen Kontakten zu den Jugendlichen oder die Zusammenarbeit von Schule, Jugendarbeit und Gemeinde hin.

Probleme

Körperliche Gewalt oder Formen psychischer Gewalt wie bspw. Mobbing oder das Anpöbeln Erwachsener sind zwar vorhanden, deren Häufigkeit wird mit „mehrmals jährlich“ jedoch als gering eingeschätzt. Wohl auch deshalb wurden die Problemlage teilweise nicht näher beschrieben (bspw. nur „körperliche und psychische Gewalt“). Zwei Gemeinden beschrieben zwar seltene Verhaltensauffälligkeiten (jährliche Schlägereien oder Pöbeleien und mehrmals jährlich Alkohol- und Drogenkonsum), kreuzten aber gleichzeitig an, dass dies nicht als Problemverhalten angesehen wird. Eine weitere Gemeinde sprach von einer „heilen Welt“.

Genannt im Bereich der *körperlichen und psychischen Gewalt* wurden:

- Schlägerei (5 Nennungen: ein- bis mehrmals jährlich)
- Anpöbelung (5 Nennungen: Monatlich bis mehrmals jährlich)
- Auseinandersetzungen in der Schulpause und auf dem Schulweg (1 Nennung: wöchentlich)
- Mobbing (4 Nennungen: mehrmals jährlich)

Genannt im Bereich *sonstiger Problemverhalten* wurden:

- Alkohol/Drogen (4 Nennungen: mehrmals jährlich; 2 Nennungen: wöchentlich)
- Vandalismus/Graffiti (5 Nennungen: ein- bis mehrmals jährlich; 1 Nennung: wöchentlich)
- Lärm (4 Nennungen: monatlich; 1 Nennung: wöchentlich)
- Abfall/Littering (5 Nennungen: mehrmals pro Jahr; 4 Nennungen: wöchentlich)

Ergriffene Massnahmen

Massnahmen im Bereich körperlicher und psychischer Gewalt gibt es – wohl in Abhängigkeit zu den wenigen Nennungen bei den Problemlagen – in den periurbanen Gemeinden nur sehr wenige. Die einzigen Hinweise betreffen Massnahmen oder Projekte an der Schule sowie eine Verstärkung des Polizeiaufgebots. Im übrigen Bereich jugendlichen Problemverhaltens haben die Massnahmen mit ihren vermehrten Kontrollen durch Polizei und Sicherheitsdienste einerseits einen tendenziell repressiven Charakter, andererseits wird aber auch ein Gewicht auf die präventiv ausgerichtete Jugendsozialarbeit gelegt.

Als Reaktionen auf *Gewaltprobleme* verschiedener Ausprägung wurde von den Gemeinden Folgendes genannt:

- Gespräche mit Eltern durch Behörden; Verweis von der Schule
- Im Schüllerrat erarbeitete Spielregeln; Einbezug der Schüler bspw. als Schiedsrichter; Einführung eines Gewaltschutz-Präventionskonzept durch Schulsozialarbeit
- Polizeiaufgebot (Verzeigung)

Auf die genannten *sonstigen Probleme* wurden folgende Massnahmen ergriffen:

- Vermehrte Kontrollen durch Polizei (ggf. Verzeigung oder Wegweisung) und/oder Sicherheitsdienst
- Jugendsozialarbeitende, teilweise neue Stellenprozente oder neuer Jugendtreff
- Zusammenarbeit Schulbehörde, Jugendsozialarbeit, Sozialamt
- Gespräche mit Eltern

Spezifische Einzelnennungen waren:

- Strafen durch Gemeindearbeiten wie Altersheim, Robidog entleeren o.ä.

- Sensibilisierungen an Schulen
- Aufstellen von mehr Eimern

Gewaltpräventionsangebote

Auch die Angebote sind in den periurbanen Gemeinden weniger differenziert als in der Zentrumsgemeinde oder den Arbeitsplatzgemeinden. Zwei Gemeinden erwähnten explizit, dass es keine Aktivitäten zur Prävention von Jugendgewalt gäbe.

Gemeinde-intern:

- einige erwähnten die Schulsozialarbeit
- Ebenfalls erwähnt wurden – falls vorhanden und geöffnet – die Jugendtreffs u.ä.
- Gelegentlich wird auch auf themenbezogene, gemeinde-interne Vernetzung (innerhalb der Behörde) hingewiesen

Gemeinde-extern:

- Sie engagieren in der Präventionsarbeit primär Externe für die Schulen (Theatergruppen, Schulprogramme, Referenten zum Thema u.ä.)
- Es besteht auch eine regional vernetzte Jugendarbeit, die in verschiedenen Gemeinden Präventionsaktivitäten durchführt

Strukturen zur langfristigen Umsetzung von Gewaltprävention

Strukturen zu einer langfristigen Umsetzung von Gewaltprävention sind kaum anzutreffen. Drei der acht bzw. neun Gemeinden erwähnten explizit, dass es keine solchen Strukturen gebe. Nur wenige Nennungen von primär operativen Stellen kommen vor:

- Schulsozialarbeit oder Jugendarbeit als zentrales Umsetzungsorgan
- Hinzu kommt ein konkreter Hinweis auf eine institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen Schule, Jugendsozialarbeit, Kantonspolizei, Gemeindepolizei, Sozialamt und Sicherheitsvorstand

Bedarf

Abgesehen von einer Gemeinde wiesen alle Gemeinden darauf hin, dass sie *keinen* Bedarf an Massnahmen der Gewaltprävention, Intervention oder Repression haben. Eine Gemeinde hat diesbezüglich gar nichts angekreuzt.

- Die erwähnte eine Gemeinde mit Bedarf definierte einen Bedarf mittlerer Dringlichkeit, dessen Abdeckung bereits aufgegleist ist und im kommenden Jahr starten sollte: Vernetzung der Jugendarbeit unter den regionalen Gemeinden

Ähnlich ist das Bild bei den Massnahmen in anderen Bereichen des Problemverhaltens: Abgesehen von zwei Gemeinden wiesen alle Gemeinden darauf hin, dass sie keinen Bedarf an Massnahmen haben (eine Gemeinde hat gar nichts angekreuzt). Die Nennungen der zwei Gemeinden betrafen folgende Themen:

- Bedarf mittlerer Dringlichkeit an Vernetzung und Aufbau von Gremien mit anderen Gemeinden hinsichtlich fachlicher Umsetzung der Jugendarbeit (in Aufbau)
- Ebenfalls mit mittlerer Dringlichkeit wurde eine bessere Zusammenarbeit zwischen Jugendarbeit und Gemeindepolizei genannt
- Zum Thema Littering wären zudem Informationskampagnen oder gemeinsame Reinigungsaktionen erwünscht (mittlere Dringlichkeit)

Telefoninterviews

Zur Gewinnung eines differenzierten Blicks auf Gewaltprävention in den periurbanen Gemeinden wurde je eine Fachperson aus der Schulsozialarbeit, der Jugendarbeit, der Jugendfachstelle sowie aus einer Jugendkommission befragt (N = 4).

Dabei wurde nochmals deutlich, dass die physische Gewalt nur eine marginale Rolle spielt, die verbale Gewalt und das Mobbing sowie Littering und Lärm hingegen eher aktuelle Probleme darstellen. Als wichtig werden die Früherkennung und die damit zusammenhängende schnelle Reaktionsfähigkeit erachtet, die durch Schulsozialarbeit, Jugendarbeit und gemeinde-interne Vernetzungen gewährleistet werden. Ein Aufbau oder Ausbau ebendieses Austausches wird als zentral angesehen. Folgend die ergänzenden Differenzierungen der Professionellen hinsichtlich Gewaltformen, vorhandener Strukturen und Bedarf:

- *Form/Bedarf:* Rückzug, Depression oder Ausschluss und Mobbing sind aufgrund ihrer fehlenden Sichtbarkeit eine grössere Herausforderung für eine angemessene Reaktion als die – sehr selten vorkommenden – Pöbeleien oder Provokationen
- *Form/Bedarf:* Oft ist die familiäre Situation entscheidend, weil Gewaltformen erstens meist nur Symptome sind und zweitens weil Eltern sich oft überfordert fühlen - v.a. mit neuen Medien. Mehr einfach erreichbare Stellen für Schüler/innen und Eltern könnten nach Ansicht der Fachpersonen dieser Gewalt präventiv entgegenwirken
- *Bestehende Praxis/Bedarf:* Die Schule wäre/ist für die Präventionsarbeit ein idealer Ort (aufgrund der hohen Erreichbarkeit und Konstanz): die Schulsozialarbeit und Lehrpersonen benötigen Weiterbildungen
- *Bestehende Praxis/Bedarf:* Wichtig ist/wäre ebenfalls das enge Zusammenwirken von Schule (Anwesenheitspflicht) – Jugendarbeit (Freizeit, freiwillig) – Gemeinde, bspw. mittels einer Jugendkommission. Die informellen Kontakte/Treffen sind bei Gemeinden dieser Grösse aber meist noch wichtiger. Die Vertretung der Jugendlichen kommt jedoch kaum vor
- *Bestehende Praxis/Bedarf:* Die Möglichkeit auf bestehende Programme zurückzugreifen wird sehr geschätzt (bspw. „Peacemaker“, Projektwochen oder die Installa-

- tion fester Programme, Lernfelder, Sensibilisierungs- oder Weiterbildungskampagnen). In diesem Zusammenhang wird die Suchtprävention als Vorbild genannt
- *Bestehende Praxis*: Kritisiert wird von einer Fachperson die hohe Überwachungs- dichte der Jugendlichen, weshalb es nur scheinbare Freiräume gäbe

3.5 Einkommensstarke Gemeinden

Gemäss Umfrage (N = 3 plus 1 Nachfrage per Telefon bei einer weiteren ein- kommensstarken Gemeinde zu Problemlagen und Bedarf ebenfalls auf Präsi- diumsebene) konzentriert sich in den einkommensstarken Gemeinden die Problemlage und folglich auch die Massnahmen auf öffentliche Missbräuche von Alkohol und Drogen, auf Abfall und übergreifend auch auf Vandalismus und Graffitis. Das Präventions- und Interventionsangebot ist durch die Schulsozialarbeit und Polizei oder Sicherheitsdienst und teilweise auch durch die Jugendarbeit grösstenteils abgedeckt. Vernetzungen bestehen entweder in Reaktion auf einzelne Vorfälle oder in der längerfristigen Vernetzung von Poli- zei und Jugendarbeit. Eine Gemeinde weist auf das Problem hin, dass Ju- gendliche keinen eigenen Ort hätten.

Probleme

In den einkommensstarken Gemeinden ereignen sich Vorfälle physischer und psychischer Gewalt nur ein paar Mal im Jahr. Deutlich häufiger wurden hinge- gen problematische Nutzungen des öffentlichen Raums berichtet, wo nebst Littering und Alkohol- und Drogenkonsum auch Vandalismus, insbesondere verbunden mit Schmierereien bzw. Graffitis, ein übergreifendes Thema dar- stellt.

Genannt im Bereich der *körperlichen und psychischen Gewalt* wurden:

- Schlägereien (1 Nennung: mehrmals jährlich)
- Anpöbeleien am spezifischen, öffentlichen Orten (1 Nennung: mehrmals jährlich)
- Mobbing (1 Nennung: mehrmals jährlich)

Genannt im Bereich *sonstiger Problemverhalten* wurden:

- Vandalismus, hauptsächlich Schmierereien (3 Nennungen: monatlich)
- Littering (2 Nennungen: mehrmals pro Woche)
- Alkohol- und Drogenkonsum (2 Nennungen: wöchentlich)

Ergriffene Massnahmen

Die Massnahmen in allen genannten Problembereichen der einkommensstar- ken Gemeinden setzten mit Jugendarbeit, rundem Tisch oder Schulsozialar- beit sowohl auf präventive Interaktionen, als auch mit Polizeikontrollen auf Kontrolle und Repression. Bei den Reaktionen auf die Gewaltprobleme wur- den keine Differenzierungen der Problemlagen vorgenommen.

Als allgemeine Reaktionen *Gewaltprobleme* verschiedener Ausprägung wurde von den Gemeinden Folgendes genannt:

- Polizeikontrollen
- Runder Tisch mit allen Involvierten – ohne Jugendliche
- Schulsozialarbeit in allen Schulhäusern
- Jugendarbeit mit verschiedenen Projekten
- (disziplinarische) Massnahmen finden, um Anklage zu umgehen

Auf die genannten *sonstigen Probleme* wurden folgende Massnahmen ergriffen:

- Vandalismus/ Littering
 - Polizeikontrollen oder Überwachungen durch Sicherheitsdienst
 - Runder Tisch mit allen Involvierten – ohne Jugendliche
- Alkohol-/Drogenkonsum
 - Regelmässige Kontrollen der neuralgischen Punkte
 - Disziplinarische Massnahmen
 - Runder Tisch mit allen Involvierten – ohne Jugendliche
 - Jugendarbeit mit verschiedenen Projekten

Gewaltpräventionsangebote

Bei diesem Gemeindetyp bestehen keine spezialisierten Angebote zur Gewaltprävention, diese ist vielmehr Stellen und Programmen mit allgemeinem Präventionscharakter zugeordnet.

Gemeinde-intern:

- Allgemeine Programme und Vermittlung von Haltungen (bspw. „Hinschauen und Handeln“; Schülerrat) in den Schulen
- (Allgemeine) Angebote der Jugendarbeit

Eine der befragten Gemeinden gab an, keine Präventionsaktivitäten durchzuführen.

Strukturen zur langfristigen Umsetzung von Gewaltprävention

Als langfristig eingerichtete Struktur wird die Präventionsarbeit der Schulsozialarbeit angesehen. Zudem wurde betont, dass bei akutem Bedarf auf unkomplizierte und schnell herzustellende Kontakte zurückgegriffen werden kann. Ebenfalls wurde auf den institutionalisierten Kontakt zwischen Jugendarbeit und Polizei (Standortbestimmung, Erfahrungsaustausch) verwiesen. Wiederum gab auch hier die eine Gemeinde an, diesbezüglich keine Strukturen aufzuweisen.

Bedarf

Nur eine Gemeinde vermerkte einen Bedarf an zusätzlichen Massnahmen, dies im Bereich Gewalt:

- Der Bedarf betrifft die Ausweitung der Schulsozialarbeit auf die Primarstufe und wurde mit hoher Dringlichkeit bewertet

Der genannte Bedarf konzentriert sich also auf die Ausweitung einer bereits vorhandenen Massnahme der Prävention und Intervention und scheint eigenständig gedeckt werden zu können.

Telefoninterviews

In den einkommensstarken Gemeinden wurden zwei Fachpersonen aus einer Gemeinde zur Gewinnung eines differenzierten Blicks auf die Gewaltpräventionsthematik befragt. Die Fachpersonen waren durch den Leiter der Gemeindepolizei und einen Mitarbeiter der kirchlichen Jugendarbeit vertreten.

Die Fachpersonen bestätigten die Problematik des Alkohol- und Drogenkonsums in öffentlichen Anlagen und dessen meist direkten Folgen wie Anpöbeleien, Littering oder Vandalismus aber auch das „Verhängen“ von Terminen oder das Ausbleiben einer Beteiligung am Gemeindeleben. Folgend die zentralen Differenzierungen in Bezug auf Gewaltformen, vorhandener Strukturen und Bedarf:

- *Vorhanden/ im Aufbau:* Innerhalb der Gemeinde ist eine Intensivierung der Vernetzungsarbeit im Gange (mit anderen Jugendfachleuten, Schulsozialarbeit, Jugendbeauftragte Polizei). Über die Gemeindegrenze hinaus findet ein projektorientierter Fachaustausch zwischen der Jugendarbeit und der Polizei statt. Ein „Konzept Jugend“ wird durch einen Jugendsachbearbeiter der Polizei erarbeitet
- *Bedarf:* Seitens Polizei wird mit hoher Dringlichkeit ein Bedarf an mehr Personalressourcen genannt, um mit Sicherheitspatrouillen auf dem gesamten Gemeindegebiet gegen sonstiges Problemverhalten wirken zu können
- *Bedarf:* Professionelle aufsuchende Jugendarbeit ist präsent in einem Park und an anderen Orten, wo momentan nur die Polizei aktiv ist. Das Ziel ist dabei, möglichst die Bedürfnisse der Beteiligten zu kennen sowie schnell und mit spezifischen Stellen auf Vorfälle reagieren können
- *Bedarf:* Die Beteiligung der Jugendlichen ist hauptsächlich innerhalb der Jugendarbeit gegeben, in welcher für die nötige Beziehungsarbeit oft zu wenig Stellenprozente zur Verfügung stehen. Ein hoher Bedarf ist der Austausch mit Jugendlichen, um deren Anliegen zu kennen, aber auch um ent-anonymisieren zu können. Hierfür sind jedoch Stellenprozente oder regionale Zusammenschlüsse notwendig
- *Form:* Private Kokainparties werden als spezifische Form jugendlichen Problemverhaltens in der befragten einkommensstarken Gemeinde gesehen, die aufgrund des privaten und geschützten Rahmens jedoch kaum zu erreichen sind

3.6 Gemischte Gemeinden

In den gemischten Gemeinden wurden in der Umfrage (N = 3 plus 2 Nachfragen per Telefon bei weiteren gemischten Gemeinden zu Problemlagen und

Bedarf ebenfalls auf Präsidiumsebene) wenig bis keine Problemlagen in Bezug auf Jugendlichen und junge Erwachsene genannt. Die Prävention ist teilweise Thema in der (überregionalen) Jugendarbeit und in den Schulen, aber dafür sind kaum eigene Strukturen geschaffen worden (abgesehen von einer Arbeitsgruppe Jugend). Es gibt keinen Bedarf an Massnahmen. Fällt etwas vor, kann man sich schnell organisieren und schnell reagieren.

Probleme

In den gemischten Gemeinden gibt es gemäss Fragebögen nur wenige und zudem selten vorkommende Probleme hinsichtlich Gewalt und sonstigem Problemverhalten. Eine Gemeinde weist explizit darauf hin, gar keine Probleme mit jungen Menschen zu haben.

Genannt im Bereich der *körperlichen und psychischen Gewalt* wurden:

- Schlägerei (2 Nennungen: etwa einmal jährlich)

Genannt im Bereich *sonstiger Problemverhalten* wurden:

- Alkohol, Littering und Vandalismus (2 Nennungen: mehrmals pro Jahr)

Eine einzelne Nennung betraf:

- Rassistische Schmierereien (1 Nennung: etwa einmal jährlich)

Ergriffene Massnahmen

Die Massnahmen im Bereich körperlicher Gewalt beschränken sich auf Früherkennung und schnelle Reaktionen durch die Schulsozialarbeit in der Schule. Diese wird auch in den übrigen Bereichen nebst der Jugendarbeit und Anzeigen durch die Polizei erwähnt. Die Gemeinde, die keine Problemlagen kennt, gibt in der Folge auch an, keine Massnahmen dagegen ergriffen zu haben.

Als Reaktion auf die genannten *Gewaltprobleme* wurde von den Gemeinden Folgendes genannt:

- Gespräche mit Eltern, Kontaktaufnahme mit Schulleiter
- Gute Schulsozialarbeit (= Früherkennung und reaktionsschnell)

Auf die genannten *sonstigen Probleme* wurden folgende Massnahmen ergriffen:

- Anzeigen bei Vandalismus
- Aufsuchende Jugendarbeit und Arbeitsgruppe Jugend
- Gute Schulsozialarbeit (= Früherkennung und reaktionsschnell)

Spezifische Einzelnennungen:

- bei rassistischen Schmierereien: Jugendfachstelle der Kantonspolizei und Anzeige

Gewaltpräventionsangebote

Nur eine der insgesamt fünf (2 davon telefonisch) befragten Gemeinden berichtet von konkreten Präventionsaktivitäten. Eine Gemeinde gibt an, aufgrund mangelnder Nachfrage die Jugendarbeit wieder abgeschafft zu haben. Die Präventionsaktivitäten der erwähnten Gemeinde sind:

Gemeinde-intern:

- ein Jugendzentrum und die Vereine (Sport und Musik)

Gemeinde-extern:

- Externe Programme in den Schulen („Peacemaker“ und eine Theatergruppe, die das Thema in einem Workshop aufgreift)

Strukturen zur langfristigen Umsetzung von Gewaltprävention

Auch bei den bestehenden Strukturen gibt nur eine Gemeinde an, längerfristig darauf zurückgreifen zu können, namentlich mit einer Arbeitsgruppe Jugend (Trägerschaft der Jugendarbeit mit Mitgliedern aus Kirchen, Schule, Gemeinde und Elternvereinigung) und den fachspezifischen Vernetzungen der Schulsozialarbeit

Bedarf

Bedarf an Massnahmen gibt es in keinen in den gemischten Gemeinden.

Telefoninterviews

Zur Vertiefung der Problematik wurden zwei Fachpersonen aus einer gemischten Gemeinde befragt. Diese waren vertreten durch Mitarbeitende des Gemeinderates und der Jugendarbeit. Sie bestätigen, dass physische Gewalt sehr selten vorkommt (weniger als einmal jährlich), welche dann jedoch auch heftig ausfallen kann. Littering stellt das akuteste Problem dar, das aber nicht nur von Jugendlichen und jungen Erwachsenen verübt werde. Im Bereich Alkohol (bspw. Testkäufe) oder beim Cannabiskonsum besteht der grösste Präventionsbedarf. Ansonsten unterstreichen auch die Professionellen, dass kein Bedarf bestehe, da der eigene Bedarf überschaubar sei und bereits grösstenteils abgedeckt wurde. Folgend die zentralen Differenzierungen in Bezug auf Gewaltformen, vorhandener Strukturen und Bedarf:

- *Bestehende Praxis:* Es wird oft auf persönliche Gespräche (in Schule, auch bei der Jugendarbeit), aber falls notwendig auch auf Sanktionen oder strafrechtliche Schritte gesetzt. Oft wird situativ entschieden, was notwendig ist – man kennt sich
- *Bestehende Praxis/ Bedarf:* Das präventiv Wichtigste (eventuell auch Bedarf) ist, die Bedürfnisse im Dorf zu kennen. Deshalb wird die Mitgestaltung durch Jugendliche in der Jugendarbeit und teilweise in den Vereinen gefördert

- *Bestehende Praxis/ Bedarf:* Abgesehen von der „Arbeitsgruppe Jugend“ und Vereinen, schätzt man in der allgemeinen Prävention die Nutzung von Externem/ Überregionalem wie das Programm „Peacemaker“ oder die überregionale Jugendarbeit
- *Form:* Die Wahrnehmung von Gewalt- und anderen Vorfällen sei in gemischten Gemeinden anders als in Zentren oder grösseren Gemeinden: Einzelne, in Städten nicht erwähnenswerte Vorfälle werden schnell als grosse Probleme angesehen. Damit umzugehen, ist auch eine Herausforderung für alle Beteiligten
- *Bedarf:* Der grösste Präventionsbedarf in Bezug auf Vorkommnisse in den gemischten Gemeinden ist im Bereich des Alkoholkonsums

3.7 Ländliche Gemeinden

Auch in den ländlichen Gemeinden (N = 1 plus 1 Nachfrage per Telefon bei einer weiteren ländlichen Gemeinde zu Problemlagen und Bedarf ebenfalls auf Präsidiumsebene) sind Gewaltvorfälle sehr selten aber dann gelegentlich heftig. Alkohol und Lärmbelästigungen sind etwas häufiger anzutreffen. Das häufigste Problemverhalten stellt monatlich vorkommender Vandalismus und Littering dar. Reagiert wird mit dem Einsatz der Polizei oder aufsuchender Jugendarbeit und gelegentlich mit Strafarbeiten. (Weitere) Strukturen und Bedarf sind nicht vorhanden.

Probleme

Die befragte ländliche Gemeinde (n = 1) verwies primär darauf, dass es sich bei den selten auftretenden Problemen wie übermässigem Alkoholkonsum, Littering oder Lärm um Phänomene kleiner Gruppen von 3 bis 6 Personen handle. Schlägereien ereignen sich sehr selten, wobei diese dann durchaus heftig ausfallen können.

Genannt im Bereich der *körperlichen und psychischen Gewalt* wurden:

- Schlägerei, Gruppe gegen Gruppe (1 Nennung: etwa einmal jährlich)

Genannt im Bereich *sonstiger Problemverhalten* wurden:

- übermässiger Alkoholkonsum (1 Nennung: mehrmals jährlich)
- Lärmbelästigungen (1 Nennung: mehrmals jährlich)
- Vandalismus, Abfall und zerschlagene Flaschen (1 Nennung: monatlich)

Einzelne Nennung betraf:

- Missachtung Fahrverbot (1 Nennung: wöchentlich)

Ergriffene Massnahmen

Die Massnahmen im Bereich der seltenen körperlichen Gewalt beschränken sich auf Polizeieinsätze. Es fällt zudem auf, dass der persönliche Kontakt nicht nur in der bestehenden aufsuchenden Jugendarbeit (überregional organisiert),

sondern im gesamten Gemeindeleben der ländlichen Gemeinde als Präventionsmassnahme gesehen bzw. bei Interventionen eingesetzt wird.

Als Reaktion auf die genannten *Gewaltprobleme* wurde von den Gemeinden Folgendes genannt:

- Bei der letzten Schlägerei war ein Polizeieinsatz über die Gemeindepolizei hinaus notwendig

Auf die genannten *sonstigen Probleme* wurden folgende Massnahmen ergriffen:

- Um den übermässigen Alkoholkonsum kümmert sich eine (überregionale) aufsuchende Jugendarbeit
- Bei Lärmbelästigung gibt es teilweise Polizeipatrouillen
- Die Jugendlichen, die das Fahrverbot missachten, werden persönlich angesprochen

Spezifische Einzelnennungen:

- Bei Vandalismus und Abfall fallen hauptsächlich Strafarbeiten wie Säubern an – im Einverständnis mit den Eltern

Gewaltpräventionsangebote

Die aufsuchende Jugendarbeit sowie der Jugendtreff werden regional für verschiedene Gemeinden angeboten und decken zusammen mit der Schule das allgemeine Angebot an Präventionsarbeit:

Gemeinde-extern:

- Die Oberstufenschule führt Präventionsangebote im Lehrplan
- Der Jugendtreff (13- 16-Jährige) bietet die Möglichkeit, Jugendliche über aktuelle Themen zu informieren und (allgemeine) Präventionsarbeit zu leisten.
- Die aufsuchende Jugendarbeit (16- 20-Jährige) bietet die Möglichkeit, Jugendliche über aktuelle Themen zu informieren und (allgemeine) Präventionsarbeit zu leisten.

Strukturen zur langfristigen Umsetzung von Gewaltprävention

Abgesehen vom (wenig präsenten) überregionalen Angebot an Jugendarbeit (Jugendzentrum und aufsuchende Jugendarbeit) gibt es in der ländlichen Gemeinde keine weiteren Strukturen zur langfristigen Umsetzung von Gewaltprävention.



Bedarf

Es besteht kein Bedarf an Massnahmen, weder im Bereich der Gewalt noch im Bereich anderer Problemlagen mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

Telefoninterviews

Da Rücklauf und Bedarf äusserst gering ausgefallen sind und die geringe Grösse bzw. Anzahl jugendlicher Bewohner der ländlichen Gemeinden nur wenig differenzierte Stellen und Angebote vermuten lässt, wurde keine Vertiefung der Themen per Telefoninterview vorgenommen.

4 Diskussion

Anhand der vorliegenden Studie wurde ein Bild über die folgenden Aspekte gewonnen:

- das Ausmass und Formen von Jugendgewalt bzw. jugendlichen Problemverhaltens in den Gemeinden
- Massnahmen, die von den Gemeinden diesbezüglich getroffen worden sind
- Das bestehende Angebot an Gewaltprävention in den Gemeinden
- Vorhandene Strukturen zur langfristigen Koordination und Umsetzung von Gewaltprävention
- Bedarf an (zusätzlichen) Massnahmen im Bereich Jugendgewalt und sonstigem Problemverhalten

In der folgenden Diskussion der Ergebnisse geben wir für jeden dieser Punkte zunächst eine Übersicht über alle Gemeindetypen hinweg, um dann Unterschiede zwischen den Typen herauszuarbeiten. Darüber hinaus werden die zusätzlich erwähnten Aspekte der Befragten diskutiert.

Unsere Ergebnisse lassen zwar aufgrund der kontrollierten Auswahl Aussagen für alle Gemeindetypen zu, dennoch ist die Repräsentativität vor allem in den suburbanen, gemischten und ländlichen Gemeinden aufgrund der tiefen Beteiligung als eingeschränkt anzusehen.

4.1 Ausmass und Formen von Jugendgewalt und Problemverhalten

Die mit Jugendgewalt primär assoziierten *physischen Gewaltformen* kommen (abgesehen vom befragten Zentrum) in der Wahrnehmung von Gemeindepräsidien und Fachpersonen eher selten oder höchstens mit mittlerer Häufigkeit vor. Hingegen wurden Mobbing bzw. Cyber-Mobbing, also *psychische Gewaltformen*, von vielen Gemeinden als Probleme genannt, meist im schulischen Kontext.

Als häufigstes Problemverhalten Jugendlicher und junger Erwachsenen im öffentlichen Raum von Zürcher Gemeinden erscheinen *Littering* und *Vandalismus* sowie *Alkohol- und Drogenkonsum*. Oft werden im Zusammenhang mit diesen Problemlagen auch Brennpunkte angegeben, an welchen sich die Vorfälle meist ereignen – teils in Verbindung mit spezifischen Zeitangaben wie an Wochenenden, am Feierabend oder im Sommer.

Im Vergleich zu anderen Gemeindetypen ist das Zentrum in beiden Problem-bereichen relativ hoch belastet. Bezüglich des Ausmasses an Gewaltproblemen lassen sich das hoch belastete Zentrum, dann die Arbeitsplatzgemeinden mit einer tiefen-mittleren Belastung sowie die Gemeinden der sonstigen Typen mit einer tiefen bis sehr tiefen Belastung unterscheiden. Durch sonstiges Problemverhalten junger Menschen sind die meisten Gemeindetypen mittel bis hoch belastet (Zentrum, Arbeitsplatz-, suburbane, periurbane Gemeinden), während für gemischte und ländliche Gemeinden eine nur tiefe Belastung vorliegt.

Zu beachten ist, dass das Problemausmass innerhalb eines Gemeindetyps teilweise sehr unterschiedlich ausfiel. Da die Gemeinden auch nach der unterschiedlichen sozialen und kriminalstatistischen Belastung für diese Studie ausgewählt wurden, war ein unterschiedliches Problemausmass schon vom Studiendesign her beabsichtigt und deshalb zu erwarten.

Littering wird im Übrigen nicht primär als ein Problem gesehen, das von Jugendlichen verursacht wird, vielmehr werden auch junge Erwachsene und Erwachsene zu den Verursachern gezählt. Ansonsten ist bei den genannten Problemen die Alterszuschreibung jeweils sehr unterschiedlich.

Obwohl es nicht im Fokus unserer Studie stand, erwähnten viele Befragte die im Hinblick auf Präventionsansätze wichtige Differenzierung zwischen Ursache und Phänomen. Als Ursachen von Problemverhalten wurden wiederholt die Einflüsse von Alkohol und Drogen, des Familienkontexts, der Dynamik in Gruppen und Cliques, aber auch Frust und Langeweile oder der Gesellschaft im Allgemeinen – insbesondere bezüglich Littering – genannt.

4.2 Massnahmen und Angebote an Gewaltprävention

In allen befragten Gemeinden zielen die Motivlagen für Massnahmen in zwei sich ergänzende Richtungen, nämlich die der Prävention und die der Intervention. Einerseits bestehen in der Gemeinde der Wunsch nach Ruhe und Frieden sowie die Verpflichtung zur Reaktion gegenüber der Öffentlichkeit. Andererseits werden die Jugendlichen präventiv fokussiert mit der Absicht sie zu schützen, ihnen Möglichkeiten zu bieten und/oder den Austausch unter den Gemeindebürger/innen zu fördern. Bei Letzterem wird versucht, dem Problem auf nachhaltige Weise zu begegnen und auch eine prosoziale Haltung zu fördern. So besteht ausserhalb von Zentren und Arbeitsplatzgemeinden das typische Angebot zur Gewaltprävention primär in Jugendarbeit und Polizei, teilweise ergänzt durch Schulsozialarbeit oder einen Sicherheitsdienst. Explizit erwähnt wird oftmals auch der spezialisierte Jugenddienst der Kantonspolizei. Mit zunehmendem Zentralitätsgrad der Gemeinde werden die reaktive und vor allem die präventive Seite hinsichtlich Gewaltprävention jedoch differenzierter. Dennoch sind viele Gemeinden bestrebt, die reaktive und die präventive Richtung wie bspw. in Form von Jugendarbeit und Polizei zu koordinieren – entweder getrennt voneinander oder immer öfters auch miteinander.

Die Unterscheidung zwischen Prävention und Intervention sowie zwischen langfristigen Strukturen und Massnahmen scheint vor allem in den kleineren (peripheren) Gemeinden fliessend bzw. nicht immer eindeutig zu sein. Wenn eine Gemeinde aufgrund eines Vorfalls ein Problem z.B. an der Schule thematisiert, wird das von der Gemeinde als „Massnahme“ bezeichnet, gleichzeitig dient es aber auch präventiven Zwecken. Präventionsarbeit und -angebote waren in kleineren Gemeinden zudem oft auch allgemein ausgerichtet und nicht nur auf Gewalt bezogen.

Entsprechend sind die Ansätze für mögliche Reaktionen und Angebote denn auch unterschiedlich: Von einer hohen Differenzierung und strukturellen Verankerung bei Zentren und Arbeitsplatzgemeinden bis hin zu auf persönlichen

Kontakten basierenden Reaktionen in ländlichen Gemeinden. Übergreifend ein zentrales Anliegen der Gemeinden ist, auf Möglichkeiten des *schnellen und kompetenten Reagierens* nach einem Vorfall zurückgreifen zu können.

Verschiedentlich gab es Hinweise darauf, dass es schwierig sei, die Gemeindebehörde vom Nutzen der (typischerweise längerfristig angelegten) Gewaltprävention zu überzeugen. Die Wirkungen von Gewaltprävention sind naturgemäss weniger schnell sichtbar und reaktive Massnahmen wie etwa eine Sicherheitspatrouille erscheinen demgegenüber als wirksamer um bspw. für rasche Entspannung an einem Brennpunkt zu sorgen.

Die Schule bzw. die Schulsozialarbeit wurde oft als wichtigster Ort für Prävention genannt, weil dort Kinder und Jugendlichen mit unterschiedlichstem Hintergrund erreichbar sind. Man war sich dennoch einig, dass Prävention insbesondere auch im öffentlichen Raum, in dem viele Probleme mit Littering, Vandalismus oder Alkohol- und Drogenkonsum bestehen, sehr relevant sei. Die Schwierigkeit besteht jedoch darin, dass man damit nicht nur die Motivierten, sondern auch Jugendliche mit tatsächlichem Problemverhalten erreiche. Deshalb wurde auch in weniger zentralen Gemeinden nebst dem Bedarf bzw. Ausbau an aufsuchender Jugendarbeit zunehmend auch die Vernetzung angestrebt, um sich austauschen und ergänzen zu können. Dabei geht es primär um die Verbindung zwischen dem Arbeitsfeld der obligatorischen Schule und jenem im Freizeitkontext (Schulsozialarbeit – Jugendarbeit bzw. aufsuchende Jugendarbeit) oder um Verbindungen zwischen dem Schulkontext und jenem der öffentlichen Sicherheit (Regelschule – Polizei). Das Zusammenbringen der Schulgemeinde und der politischen Gemeinde ist hierbei immer auch Teil der Vernetzungsarbeit.

4.3 Vorhandene Strukturen zur Umsetzung von Gewaltprävention

Allgemein zeichneten sich, wie oben gezeigt, die getroffenen Massnahmen und das Präventionsangebot in Arbeitsplatzgemeinden und Zentren durch spezifisch geschaffene Stellen und damit einen stärkeren Grad der institutionalisierten Vernetzung aus. Bei anderen Gemeindetypen hingegen entstanden Vernetzungen oft erst als Reaktionen bei aktuellem Bedarf und im Verbund von bereits bestehenden Stellen. Die entsprechenden Stellen kennen sich in kleineren Gemeinden meist persönlich, weshalb viele Prozesse informell ablaufen.

Nebst der Schulsozialarbeit, die eventuell aufgrund der Erreichbarkeit aller Kinder und Jugendlichen bis 16 Jahre mehr als strukturelle Umsetzung von Präventionsarbeit gesehen wird als die Jugendarbeit, wird bezüglich vorhandener Strukturen zur Umsetzung von Gewaltprävention auch immer wieder auf Gremien und weitere Vernetzungen zwischen verschiedenen Stellen hingewiesen. Allerdings wird diese Vernetzung sehr unterschiedlich gelebt und verstanden, von zwei Sitzungen pro Jahr bis zu intensivem, institutionalisiertem Austausch mit thematischem Schwerpunkt. Besonders oft genannt wurden:

- Zusammenarbeit zwischen Jugendarbeit und Polizei/Sicherheit

- Zusammenarbeit zwischen Jugendarbeit (teils kirchlicher) und/oder Schulsozialarbeit und Gemeindebehörden (Gemeinderatsmitglied)
- runde Tische mit oben genannten und weiteren Involvierten (ohne Jugendliche)
- feste Koordination spezifischer Netzwerke über eine Jugend- oder Jugendberatungsstelle der Gemeinde
- Fachgruppe „Jugend“, Jugendkommission (Gemeindebehörden)

Die Zusammenarbeit mit Vereinen (Sportvereine oder auch Elternvereine) scheint im Bereich der Gewaltprävention eine untergeordnete Rolle zu spielen. In den Fragebogenresultaten wurden die Vereine nicht mehr weiter erwähnt. Zudem wurde von den Präsidien insgesamt nur ein Vereinsmitglied als Fachperson für das Telefoninterview angegeben. In den Telefongesprächen gab es für vier Gemeinden Hinweise auf eine entsprechende Vertretung in einer Jugendkommission oder auf Austausch oder einzelne Projekte zwischen Jugendarbeit und Sportverein.

Nebst der Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Stellen wurden gemeinde-interne und teilweise auch -übergreifende *Runde Tische* oder *Gremien zum Thema Jugend* immer wieder als vorhandene oder im Aufbau stehende Strukturen angegeben. Meist entstanden sie reaktiv auf akute Problemlagen, Problemorte oder Anliegen. Gewisse blieben anschliessend zu Präventionszwecken bestehen und treffen sich weiterhin mit Fokus auf Jugendgewalt und/oder auf verschiedene Themen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Andere wurden erst bei Bedarf zur (erneuten) zielgerichteten Intervention wieder aufgegriffen.

Bis auf sehr wenige Ausnahmen erfolgen die runden Tische oder Gremien zu Themen problematischen Verhaltens der Jugendlichen in der Gemeinde *ohne* Beteiligung von jungen Menschen. Zwar wurde deren Beteiligung relativ oft als wichtiges Merkmal des Gemeindelebens betont, wobei zumeist auf die Jugendarbeit als spezifischem Ort verwiesen wurde, wo das abgedeckt werde (ohne direkte Verbindung zu anderen politischen Ebenen).

Die Begleitgruppe des Projekts ergänzte hierzu, dass Runde Tische, die rein strategische Ziele verfolgen, nicht geeignet sind für die Beteiligung von Jugendlichen. Die Ergebnisse von Runden Tischen können jedoch sehr wohl Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche vorsehen oder schaffen.

4.4 Bedarf an (zusätzlichen) Massnahmen

Insgesamt gesehen besteht ein nur geringer Bedarf an (zusätzlichen) Massnahmen im Bereich Prävention, Intervention oder Repression in den befragten Zürcher Gemeinden.

Der Bedarf bezüglich Gewalt betrifft Massnahmen gegen physische und auch „versteckte“ psychische Gewaltformen wie (Cyber-)Mobbing, oder zur Förderung einer Haltung des respektvollen zwischenmenschlichen Umgangs.

Der geäusserte Bedarf im Bereich sonstiges Problemverhalten bezieht sich auf Prävention im Bereich Vandalismus und Littering sowie Drogen- und Alko-

holkonsum. Letzteres wird auch oft in Zusammenhang gebracht mit Littering und/oder Gewalt.

Die Art des vermerkten Bedarfs lässt sich in drei Kategorien einteilen. Falls ein Bedarf vorhanden ist, wurde 1) der *Ausbau von Bestehendem*, Bewährtem (konkret: mehr Stellenprozente), 2) *Präventionsprogramme* und 3) die (oben aufgegriffene) *Vernetzungsarbeiten* genannt. Sofern davon ausgegangen werden kann, dass wenn nach einem Ausbau von Bestehendem gefragt wird, sich dieses wohl auch bewährt hat, kann der erste Punkt auch als Ausbau von *Bewährtem* verstanden werden.

Hinsichtlich *Unterschieden nach Gemeindetypen* ist auch bezüglich der Bedarfslage festzustellen, dass sie mit zunehmendem Zentralitätsgrad (und vermutlich auch Grösse der Gemeinde) differenzierter definiert wird. Während die ländlichen und gemischten Gemeinden keinen Bedarf anmeldeten, stand bei den einkommensstarken Gemeinden der Ausbau von Bestehendem im Vordergrund. Die periurbanen Gemeinden vermerkten insbesondere einen Bedarf an mehr Austausch und Vernetzung von bestehenden Stellen. Die Zentrums-gemeinde meldete Bedarf auf Ebene von Information und Konzepten an, wie auch einen Auf- und Ausbau von Institutionen (Klinik, Time-Out-Platzierungen).

Bei der Nennung von Präventionsangeboten wurde oft auf die Suchtprävention verwiesen, die Programme anbietet, an denen sich die Gemeinden beteiligen können. Die Begleitgruppe des Projekts hat hierzu darauf hingewiesen, dass die Arbeit der Suchtprävention einerseits gut etabliert ist bei den Gemeinden. Einen anderen Aspekt stellen die Kosten dar: die Suchtprävention wird zu zwei Dritteln von den Gemeinden finanziert; eine allfällige Inanspruchnahme ist also weitgehend schon abgegolten. Schliesslich fungiert die Suchtprävention angesichts der Vielzahl existierender Angebote auch als Filter bezüglich deren Qualität. Als spezifisches Programm in der Gewaltprävention an Schulen wurde am meisten „peace maker“ genannt; entweder, weil man es bereits einsetzt oder weil man davon gehört hat.

Als *Gründe für den relativ tiefen Bedarf* an Massnahmen können die folgenden Punkte genannt werden:

- Einerseits bestehen in vielen Gemeinden *zu wenig andauernde und gravierende Probleme* mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Die Angebote richten sich oft nach den Themen, die jeweils aktuell sind. Abgesehen von den Zentren, Arbeitsplatzgemeinden und einzelnen suburbanen Gemeinden können die öffentlichen jugendspezifischen Themen von Jahr zu Jahr ändern
- Andererseits gibt es Gemeinden, die *schon genügend Angebote* geschaffen bzw. Massnahmen ergriffen haben. Deshalb besteht der allfällig vermerkte Bedarf v.a. im Ausbau von bereits Bestehendem und Bewährtem (d.h. Schulsozialarbeit, (aufsuchende) Jugendarbeit und/oder Sicherheitspatrouillen)
- Ferner scheinen viele Gemeinden *bestehende Bedarfslagen selbst decken* zu wollen: weil man selbst am besten weiss, was man mit wem wie angehen muss oder weil man kaum Probleme bezüglich Jugendgewalt und somit Bedarf sieht



Insbesondere bei den Arbeitsplatzgemeinden fiel eine Diskrepanz zwischen dem tiefen Problemausmass bezüglich Gewalt und dem differenzierten bestehenden Angebot an Gewaltpräventionsmassnahmen auf. Dies lässt drei Schlüsse zu, die wir aber nicht näher belegen können: 1) Man hatte früher viele Probleme, auf die man entsprechend auf breiter Front reagierte, so dass die Probleme aufgrund dieser Angebote heute tief sind und auch bleiben. 2) Andersherum gesehen: man tut viel, obwohl die Probleme dies eigentlich gar nicht erforderten oder 3) die Behörde unterschätzt schlicht das Problemausmass (worauf wir aber keine Hinweise erhielten).

Die nachstehende Tabelle fasst die Nennungen der Gemeinden zu Bedarf, Problemausmass und bestehender Praxis (d.h. ergriffene Massnahmen und bestehendes Angebot bzw. Strukturen der Gewaltprävention) für die Gemeindetypen zusammen.

Aufgrund des Fokus auf den Bedarf in der vorliegenden Studie wurden die diesbezüglichen Ergänzungen aus den Interviews ebenfalls dargestellt. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass es sich eben um Ergänzungen einzelner Fachpersonen aus spezifischen Bereichen handelt.

Tabelle 4: Übersicht Bedarf, Problemausmass und bestehende Praxis nach Gemeindetyp

Gemeindetyp	Bedarf	Problemausmass	Massnahmen und Angebote
Zentrum (N = 1)	<p><i>Gewalt:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Umsetzung von bewährten Gewaltpräventionsprogrammen an gesamter Schule: Zugang zu Modellen (3) - Platzierung schwieriger Jugendlicher (z.B. Time-out) (k.A.) <p><i>Sonstiges Problemverhalten (SPV):</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Tagesklinik für Kinder/Jugendliche mit psych. Auffälligkeiten (3) - Ausbau Jugendinformationsportal (Personal) (2) - Früherkennung/-interventionskonzepte in Schulen (2) <p><i>Ergänzungen aus Telefoninterview (EaT):</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Mobbing: Prävention, Opferbetreuung - Gewaltpräventionsarbeit im Feld des Ausgangs - Förderung der Zivilcourage in der Bevölkerung 	<p><i>Gewalt:</i> hoch,</p> <p><i>SPV:</i> hoch</p> <p>(Fast alle Nennungen mehrmals wöchentlich bis täglich.)</p>	<p><i>Massnahmen (MN)</i></p> <p><i>Gewalt:</i> Vielfältig (JA, Polizei/Juga, Schule)</p> <p><i>SPV:</i></p> <p>Littering/Lärm: Polizei (Bussen);</p> <p>Alk. Jugendl.: Polizei (wegnehmen, Meldung an Eltern, Beratungsstelle)</p> <p><i>Angebote:</i></p> <p>Vielfältig</p>
Arbeitsplatzgemeinden (N = 8)	<p><i>SPV:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Rechtliche Klarheit über Alkoholtestkäufe (3) - Gemeinde- und institutionsübergreifender Austausch (2) <p><i>EaT:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Professionelle Begleitung & Unterstützung durch Vereine bei Präventionsprojekten - Beratung für Eltern bezüglich frühzeitiger Unterstützung - Mehr Polizei-personal; mehr Stellen für SSA & JA - Programm für Prävention von Littering & Vandalismus in gesamter Gemeinde 	<p><i>Gewalt:</i> tief-mittel</p> <p><i>SPV:</i> mittel (sehr variabel)</p>	<p><i>MN:</i> vielfältig</p> <p><i>Angebote:</i> vielfältig</p>

Gemeindetyp	Bedarf	Problemausmass	Massnahmen und Angebote
Suburbane Gemeinden (N = 3)	<p><i>Gewalt:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Gewaltpräventionsangebote (2) <p><i>SPV:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Prävention „sonst. Problemverhalten“ (Fachperson und Modelle) (2) - Umsetzung der Resultate einer Partizipationsveranstaltung zur Bestimmung von Problemen bzgl. öff. Platznutzung (in AG) (2) <p><i>EaT:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Geeignete Zusammenarbeit und Rollenklärung zwischen repressiven und präventiven Stellen 	<p><i>Gewalt:</i> tief</p> <p><i>SPV:</i> hoch (Littering, Vandalismus, Drogen)</p>	<p><i>MN:</i> Gewalt: keine. (sonst Standard: JA und Polizei)</p> <p><i>Angebote:</i> Wenig (Schule, Polizei/SD, AJA) Strukturen: Vernetzung JA-Pol; Jugendkonzept</p>
Periurbane Gemeinden (N = 8 + 1 Tel.)	<p><i>Gewalt:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Austausch der Jugendarbeit via regionales Zentrum (2) <p><i>SPV:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Vernetzung der Jugendarbeit (bereits im Aufbau) - Mehr Austausch zw. Jugendfachstelle und Polizei (2) - Infokampagne an Oberstufen (versch. Themen) (2) - Gemeindereinigungsaktion (2) <p><i>EaT:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Spezifische Weiterbildung für Lehrer und SSA - Vertiefung der Zusammenarbeit SSA und JA/AJA 	<p><i>Gewalt:</i> tief</p> <p><i>SPV:</i> mittel – hoch (v.a. Littering, Alk/Drogen)</p>	<p><i>MN Gewalt:</i> sehr wenig</p> <p><i>Angebote:</i> Wenig differenziert (SSA; JA; 1x Vernetzung verschiedener Stellen)</p>
Einkommensstarke Gemeinden (N = 3 + 1 Tel.)	<p><i>Gewalt:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Ausweitung der SSA auf Primarstufe (3) <p><i>EaT:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - SPV: Mehr Polizeipräsenz (Personal) (3) - Aufsuchende Jugendarbeit als Förderung des Austauschs und als Ergänzung zur Polizeipatrouille (1) 	<p><i>Gewalt:</i> tief</p> <p><i>SPV:</i> mittel – hoch (monatl. - wöchentl.) (Vandalismus, Littering, Alk/Drogen)</p>	<p><i>MN:</i> Standard, SSA, Polizei/SD, teilw. JA;</p> <p><i>Angebote:</i> Wenig bis keine</p>

Gemeindetyp	Bedarf	Problemausmass	Massnahmen und Angebote
Gemischte Gemeinden (N = 3 + 2 Tel.)	- Kein Bedarf <i>EaT:</i> - Hoher Bedarf bei Präventionsarbeit bezüglich Alkohol- und Cannabiskonsum	<i>Gewalt:</i> sehr tief <i>SPV:</i> tief	<i>MN Gewalt:</i> SSA Sonst: SSA, JA, Polizei <i>Angebote:</i> Wenig bis keine
Ländliche Gemeinden (N = 1 + 1 Tel.)	- Kein Bedarf	<i>Gewalt:</i> sehr tief <i>SPV:</i> tief	<i>MN Gewalt:</i> Polizei Sonst: AJA, Polizei <i>Angebote:</i> Minimal (regionales Angebot, Schule)

Hinweise: Dringlichkeit des Bedarfs: (1) = tief, (2) = mittel, (3) = hoch.
SSA: Schulsozialarbeit; JA: Jugendarbeit; AJA: aufsuchende Jugendarbeit;
Juga: Jugendanwaltschaft.

4.5 Ausblick

Abschliessend werden Möglichkeiten und Herausforderungen definiert, mit welchen bei einer allfälligen Erarbeitung eines Konzeptes zur gemeindeorientierten Präventionsarbeit im Bereich Jugendgewalt oder bei der Zusammenarbeit mit den Gemeinden und weiteren Vernetzungen zu rechnen wäre. Entsprechende Einschätzungen der Autoren sind im Text jeweils in Klammern und kursiv geschrieben eingefügt.

Zu berücksichtigen ist zunächst, dass die Bedarfslage der Gemeinden *nicht mit der Problemlage gleichgesetzt* werden kann. Dies scheint einerseits damit zusammenzuhängen, dass viele Gemeinden ihren Bedarf selbst decken können. Deshalb sind die Äusserungen zum Bedarf in diesen Fällen oft sehr detailliert (*Möglichkeit*) und wurden auch unter den Fachpersonen übereinstimmend geäussert (*Möglichkeit*). Andererseits könnte die Einschätzung, den Bedarf selbst decken zu können, teilweise auch von einer fehlenden Sensibilität gegenüber der Thematik in der eigenen Gemeinde herrühren – insbesondere bei Gemeinden, die niedrigen Bedarf und kaum Massnahmen oder Präventionsprogramme haben (*Herausforderung*). In den vertiefenden Interviews kam des Weiteren zum Ausdruck, dass gewisse Gemeinden Wert darauf legen, ihren Bedarf auch selber definieren und decken zu wollen. Da die Motivation zur Prävention meist durch gemeindebezogene Themen bestimmt ist, dürfen durch allfällige künftige Aktionen keine Ängste geweckt werden, dass der Kanton sich bei den Gemeinden einmischen will (*Herausforderung*).

In fast allen Gemeinden bestehen reaktive und präventive Ansätze bezüglich Massnahmen gegen Jugendgewalt (s.o.). Die Zusammenarbeit entsprechender Stellen wie bspw. zwischen Jugendarbeit und Sicherheitsdienst oder zwi-

schen Schulsozialarbeit und Polizei *kann* jedoch mit *Ziel- oder Werte-Widersprüchen* konfrontiert sein (*Herausforderung*). Wir fanden jedoch nur wenige Hinweise darauf, denn die Fachpersonen stimmten mit ihren Einschätzungen meist mit den Präsidien überein. Allerdings wirkten einige der befragten Fachpersonen schon beim Ausfüllen des Gemeindefragebogens mit. Dass in einigen Gemeinden Synergien geschaffen werden, zeigen diverse Beispiele an runden Tischen oder Fachgruppen zu spezifischen Themen oder zum Thema Jugend im Allgemeinen (*Möglichkeit*). Die relevante rechtliche Thematik des Datenschutzes wurde im Zusammenhang des Austausches weder von Präsidien noch von Fachpersonen explizit erwähnt (*Herausforderung*).

Ferner fiel auf, dass die *Beteiligung der Jugendlichen* auf Gemeindeebene meist im Zusammenhang mit der Jugendarbeit gesehen wird. Ebenso wird die Präventionsarbeit oft in der Schulsozialarbeit oder auch in einzelnen Projekten der Jugendarbeit angesiedelt. Diese Zuteilung entsprechender Verantwortungen kann sich gegenseitig ergänzen (*Möglichkeit*), sich aber auch im Sinne eines Abschiebens von Problemlagen ausschliessen (*Herausforderung*).

Abschliessend kann resümiert werden, dass Netzwerke zur Gewaltprävention folgende Motive und Ziele sowie Spannungsfelder oder Qualitäten aufweisen können:

Mögliche Motive und Ziele:

- Gemeinde-intern: Vernetzungen mit dem Zweck den Erwartungen bzw. der politischen Pflicht der Ordnungswahrung gerecht zu werden
- Gemeinde-intern: Vernetzungen mit dem Zweck bei aktueller Bedarfslage schneller und besser reagieren zu können und die Erfahrungen der beteiligten Fachleute auszutauschen
- Gemeinde-intern: Vernetzungen mit dem Zweck eine (präventive) Kultur der Beteiligung und Verantwortung in der Gemeinde durch verschiedene Kommunikationsformen zu fördern
- Gemeinde-extern: Vernetzungen mit dem Zweck fachspezifischen Austausch und themenspezifische Programme realisieren zu können. Insbesondere in kleinen Gemeinden ermöglicht dies bspw. eine übergreifende Jugendarbeit oder Kontakte zu Jugendfachpersonen der Polizei

Mögliche Spannungsfelder:

- Gemeinde-intern: Themenspezifische Kooperationen (*Möglichkeit*)
vs. Abschieben von Verantwortung (*Herausforderung*)
- Gemeinde-intern: Primär formelle Vernetzung von wenigen, nicht operativ tätigen Fachpersonen mit einer Distanz zu den Geschehnissen (*Möglichkeit & Herausforderung*)
vs. Vernetzung unter Berücksichtigung aller an Problemlage Beteiligter und somit Involvierter (*Möglichkeit & Herausforderung*)
- Gemeinde-intern: Mehr Kenntnisse zu Problemlagen dank regem Austausch (*Möglichkeit*)
vs. diverse rechtliche Grauzonen im interdisziplinären Austausch bspw. zwischen Jugendarbeit und Polizei (*Herausforderung*)



- Gemeinde-extern: Zusammenarbeit als Ergänzung und/oder Ermöglichung des Präventionsangebotes: Fachaustausch, Nutzen von externen Programmen und Projekten, regionale Organisation themenspezifischer Fachgruppen oder Jugendarbeit (*Möglichkeit*)
Die *Herausforderung* besteht dabei darin, die individuellen Gegebenheiten und Anliegen insbesondere zentrumsferner Gemeinden als wichtige Voraussetzung für Langfristigkeit nicht zu übergehen

In Anbetracht der erwähnten Herausforderungen und Möglichkeiten rückt die tatsächliche Praxis des Austausches zwischen den diversen Stellen innerhalb der Gemeinden hinsichtlich jugendlichen Problemverhaltens im öffentlichen Raum ins Zentrum. Die Erstellung einer „*Best Practice*“ der Netzwerkarbeit in Gemeinden unterschiedlicher Grösse und Typik, die in der Bedarfserhebung entsprechende Strukturen aufzeigten, würde weitere differenzierte Einblicke ermöglichen.